

Attac-Positionspapier

**Wege zu einer
alternativen Weltwirtschaftsordnung**

(AWWO)

**mit Comments von Achim Brandt, München,
040510 (10.5.04)**

Besonders interessiert mich die Stellungnahme zum Markt und zum Kapitalismus: Wird dies als identisch gesehen oder ist Attac hier ausreichend differenziert?

Zweiter Entwurf der AG AWWO

Stand: 13.03.2004

Die AG im Internet: <http://www.attac.de/awwo/>

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	3
EINLEITUNG	6
1. Selbstverständnis dieses Positionspapiers	6
2. Wofür wir stehen: ethische Ausgangspunkte	7
3. Zum Prozess – Vorbemerkungen der Redaktionsgruppe	7
I. DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG FÜHRT DIE MENSCHHEIT IN DIE SACKGASSE UND IN DAUERHAFTE ARMUT	9
1. Folgen der neoliberalen/kapitalistischen Globalisierung	9
2. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärungen	10
3. Triebkräfte der Globalisierung	10
3.1 Freihandelsdoktrin	10
3.2 Wachstumsdoktrin	11
3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen	13
3.4 Transnationale Konzerne (TNK)	13
3.5 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF/Weltbank)	14
3.6 Das Welthandelssystem	16
3.7 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale	17
3.8 Die EU: Motor der Globalisierung	17
3.9 Der Kapitalismus an sich	19
II. EINE ALTERNATIVE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST MÖGLICH	20
1. Leitbilder und Leitideen	20
1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung	20
1.2 Der Mensch in seiner Lebenswelt: Leitideen	22
1.3 Leitbild: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	24
2. Strategien	25
2.1 Position „Globalisierung gerechter gestalten“	25
2.2 Position „Entglobalisierung“ – von der Weltmarkt- zur Binnenorientierung	25
2.3 Position „Lokalisieren statt Globalisieren“	26
III. WEGE ZU EINER ALTERNATIVEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG	28
1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht	28
1.1 Der ökologische Umbau	28
2. Neuordnung des Welthandels	30
2.1 Mechanismen der Welthandelsordnung	30
2.2 Neuordnung des Warenhandels	31
2.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs	31
2.4 Weltagrarmarkt	32
2.5 Geistiges Eigentum/Technologietransfer	32
3. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen	33
3.1 Finanzbeziehungen	33

3.2	Kapitalmarktordnung	34
3.3	Währungsordnung	35
3.4	Internationale Organisationen und Institutionen	36
3.5	Steuerpolitik	37
4.	Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne	37
4.1	Position 1: Globale Verhaltenskodizes für TNK	38
4.2	Position 2: Demokratisierung der Unternehmensmitbestimmung in Großunternehmen	38
4.3	Position 3: Neue Demokratieformen für Großunternehmen	38
5.	Die Europäische Union: ein anderes Europa – sozial, ökologisch und antimilitaristisch	39
5.1	Für eine solidarische Währungsordnung	39
5.2	Steuerparadies austrocknen, Tobinsteuer einführen	39
5.3	Für eine demokratische Außenhandelspolitik	40
5.4	Für eine neue Agrarpolitik	40
6.	Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung	40
INHALTSVERZEICHNIS		2
EINLEITUNG		4
1.	Selbstverständnis dieses Positionspapiers	4
2.	Wofür wir stehen: ethische Ausgangspunkte	5
3.	Zum Prozess – Vorbemerkungen der Redaktionsgruppe	5
I. DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG FÜHRT DIE MENSCHHEIT IN DIE SACKGASSE		6
1.	Folgen der neoliberalen/kapitalistischen Globalisierung	6
2.	Was bedeutet „Globalisierung“? Begriffsklärungen	7
3.	Triebkräfte der Globalisierung	7
3.1	Freihandelsdoktrin	7
3.2	Wachstumsdoktrin	8
3.3	Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen	8
3.4	Transnationale Konzerne (TNK)	9
3.5	Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF/Weltbank)	9
3.6	Das Welthandelssystem	11
3.7	Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale	12
3.8	Die EU: Motor der Globalisierung	12
II. EINE ALTERNATIVE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST MÖGLICH		15
1.	Leitbilder und Leitideen	15
1.1	Leitbild: Nachhaltige Entwicklung	15
1.2	Der Mensch in seiner Lebenswelt: Leitideen	17
2.	Strategien	19
2.1	Position „Globalisierung gerechter gestalten“	19
2.2	Position „Entglobalisierung“ – von der Weltmarkt – zur Binnenorientierung	20

2.3	Position „Lokalisieren statt Globalisieren“	20
III.	WEGE ZU EINER ALTERNATIVEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG	22
1.	Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht	22
1.1	Der ökologische Umbau	22
2.	Neuordnung des Welthandels	24
2.1	Mechanismen der Welthandelsordnung	24
2.2	Neuordnung des Warenhandels	25
2.3	Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs	25
2.4	Weltagrarmarkt	26
2.5	Geistiges Eigentum/Technologietransfer	26
3.	Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen	27
3.1	Finanzbeziehungen	27
3.2	Kapitalmarktordnung	28
3.3	Währungsordnung	29
3.4	Internationale Organisationen und Institutionen	30
3.5	Steuerpolitik	31
4.	Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne	31
4.1	Position 1: Globale Verhaltenskodizes für TNK	32
4.2	Position 2: Demokratisierung der Unternehmensmitbestimmung in Großunternehmen	32
4.3	Position 3: Neue Demokratieformen für Großunternehmen	32
5.	Die Europäische Union: ein anderes Europa – sozial, ökologisch und antimilitaristisch	33
5.1	Für eine solidarische Währungsordnung	33
5.2	Steueroasen austrocknen, Tobinsteuer einführen	33
5.3	Für eine demokratische Außenhandelspolitik	34
5.4	Für eine neue Agrarpolitik	34
6.	Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung	34

Einleitung

1. **Selbstverständnis dieses Positionspapiers**

„Eine andere Welt ist möglich“. Weltweit eint dieser Slogan Globalisierungskritiker und -gegner in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung. Wir sind nicht länger bereit, die Globalisierung wie einen Sachzwang oder gar als naturhaft-unausweichlich hinzunehmen. Indem wir die Möglichkeit von Alternativen propagieren, untergraben wir auch die Legitimation derjenigen, welche die konzerngesteuerte Globalisierung vorantreiben und von ihr profitieren. Die Zunahme von Armut in weiten Teilen der Erde, die immer größer werdende Kluft zwischen den reichen Industriestaaten und den armen Gesellschaften des Südens, die ebenfalls größer werdende Kluft zwischen einer reichen Minderheit und der gegen Lohnsenkung und Sozialabbau kämpfenden Mehrheit der Bevölkerung innerhalb der jeweiligen Länder, die Ausbreitung von globalen Umweltproblemen sowie die Konzentration von ökonomischer und politischer Macht in Händen von transnationalen Konzernen (TNK) zwingen uns, die treibenden Kräfte und Interessen hinter diesen Entwicklungen beim Namen zu nennen, aber auch gleichzeitig nach Auswegen zu suchen.

„Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ (Attac-Erklärung, Frankfurt 2002). Diese Zielmarke reicht auf Dauer genauso wenig aus wie der pure Appell, eine andere Welt sei möglich. Zunehmend wird in der globalisierungskritischen Bewegung selbst als auch in der hellhörig gewordenen Öffentlichkeit konkret nach unseren Alternativen gefragt. Diese Fragen wollen wir mit der vorliegenden Positionsbestimmung von Attac aufgreifen.

Das „Positionspapier“ beschreibt „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“. Es gibt nicht den einen Königsweg, sondern zur Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegung und von Attac selbst gehört auch eine Vielfalt von politischen und strategischen Wegen und Ansätzen. Das „Papier“ bringt diese Vielfalt zum Ausdruck und soll zugleich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese Wege anstoßen. Damit ist dieses „Papier“ zugleich eine Station des Diskussionsprozesses, in dessen Verlauf sich diese Positionsbestimmung weiter differenzieren und verändern wird.

Die Absicht des „Positionspapiers“ ist es, das zum Ausdruck zu bringen, was allen Gruppierungen und Aktiven bei Attac gemeinsam, was Konsens ist. Damit kann dieser Konsens auch in der Gesellschaft breiter diskutiert und verankert werden. Genauso werden in dem „Papier“ aber auch verbleibende Unterschiede und Differenzen bei Attac hinsichtlich der Zielbestimmung und der Wege zum Ziel deutlich gemacht. Darin sehen wir nicht eine Schwächung unseres Netzwerkes und der Bewegung; im Gegenteil: Je klarer Differenzen deutlich gemacht werden, umso lebhafter und fundierter kann der Diskurs darüber geführt werden. Die Lebendigkeit der politischen Auseinandersetzung bringt uns voran und bietet Orientierung für alle diejenigen, die Unbehagen an den Auswirkungen der Globalisierung empfinden.

Das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Globalisierungskritikern und radikalen Globalisierungsgegnern, sowie zwischen denen, die nur die Globalisierung kritisieren, und denen, die den Kapitalismus selber als Ursache der Misere identifizieren, kann sich als förderlich für eine gemeinsame Wegstrecke zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung erweisen: Denn ohne langfristige Utopien laufen kurz- bis mittelfristig ansetzende Reformvorschläge Gefahr, von den herrschenden Kräften vereinnahmt zu werden; und ohne die Fähigkeit, konkrete und praktisch wirksame Reformen vorzuschlagen, verlieren radikale Utopien ihren Realitätsbezug.

1 Attac ist ein Netzwerk innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung; dieses
2 „Positionspapier“ ist gerade aufgrund seiner Offenheit und Vielfältigkeit kein statisches
3 Programm, vielmehr ein Zwischenergebnis. Es nimmt die Alternativansätze aus den
4 unterschiedlichen Bewegungs- und Gruppenzusammenhängen auf. Ohne sich in detaillierten
5 Einzelforderungen zu verlieren, will es Eckpunkte einer ökologischen, solidarischen und
6 demokratischen Wirtschaftsordnung und Weltwirtschaftsordnung deutlich machen und damit
7 öffentlich zur Diskussion stellen.

8 **2. Wofür wir stehen: ethische Ausgangspunkte**

9 Alle Menschen sind zur Freiheit befähigt und zum sozialen Miteinander gebunden. Quelle
10 dieser Fähigkeiten und Kapazitäten ist die jedem Individuum unlösbar zukommende
11 Menschenwürde. Daraus ergeben sich die individuellen und die gemeinschaftlichen
12 Grundwerte. Weil jedwedes Individuum undenkbar ist ohne soziale und gegenseitige
13 Einbettung, stehen Gemeinschaften und Individuen gleichberechtigt nebeneinander. Freiheit
14 findet ihren Ausdruck durch Vielfalt, Fairness und Verständigung. Gemeinschaft findet ihren
15 Ausdruck durch Frieden, Verständigung und Fürsorge. Gerechtigkeit ist das gleichwertige
16 Recht der Gemeinschaften und Individuen, der jetzt lebenden und der zukünftigen
17 Generationen überall auf unserem Planeten, ihren eigenen Weg zu suchen, zu wählen und zu
18 beschreiten.

19 **3. Zum Prozess – Vorbemerkungen der Redaktionsgruppe**

20 Beschlossen wurde beim Attac-Ratschlag im Januar 2003 (Göttingen), ein Positionspapier
21 „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ zu erarbeiten. Der Attac-
22 Ratschlag in Aachen (Okt. 2003) bekräftigte dieses Projekt mit der Zielsetzung, „dass auf
23 dem Herbstratschlag 2004 eine Verabschiedung erfolgen kann“.

24 Der AWWO-Diskussionsprozess bei Attac ist mittlerweile in Gang gekommen und gewinnt
25 zunehmend an Fahrt. Aus der Diskussion im Wissenschaftlichen Beirat von Attac geht ein
26 Buch „Alternative Weltwirtschaftsordnung“ hervor, das im Frühjahr 2004 im VSA-Verlag
27 erscheinen wird. Auch auf Workshops und Seminaren beim McPlanet.com-Kongress im Juni
28 2003 in Berlin sowie auf der Attac-Sommerakademie im August 2003 in Münster wurde zum
29 Papier gearbeitet.

30 Am 13./14.03.2004 begann eine Serie von vier Regionalkonferenzen zur Diskussion des
31 AWWO-Papiers in Tübingen (für Süddeutschland). Weitere Konferenzen folgen
32 voraussichtlich im Juni in Hannover (Norddeutschland), im Juli im Ruhrgebiet
33 (Westdeutschland) und im August im Rahmen der Attac-Sommerakademie in Dresden
34 (Ostdeutschland und alle weiteren Interessierten). Etlichen Lokalgruppen von Attac arbeiten
35 zur AWWO-Thematik und haben z. T. schon öffentliche – auch kontrovers angelegte –
36 Diskussionsveranstaltungen dazu durchgeführt.

37 Informationen zum AWWO-Diskussionsprozess (Zweiter Entwurf, Verfahren für
38 Änderungsvorschläge, Regionalkonferenzen, ReferentInnen, Webforum, weiterführende
39 Texte u.a.) finden sich auf der Webseite der AWWO-AG unter <http://www.attac.de/awwo/>.
40 Die Redaktion ist unter <attac-awwo-redaktion@listen.attac.de> zu erreichen; die öffentliche
41 Mailingliste zum Papier hat die Adresse <attac-awwo@listen.attac.de>.

42

43

44 *Die AWWO-Redaktionsgruppe*

45 *(Markus Göker, Eberhard Schlecht, Oliver Schmidt, Eckhard Stratmann-Mertens)*

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse und in dauerhafte Armut

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaften und die Kulturen mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Ihr Leitbild ist derzeit der Neoliberalismus mit dem Versprechen, die Globalisierung bringe Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle. Dieses Versprechen ist nachweislich unhaltbar, man kann sogar sagen, es ist bewusst gelogen; –es ist daher kein Wunder, dass es hat sich jedoeh nicht erfüllt hat, im Gegenteil. Wirtschaftswachstum durch Freihandel und durch militärisch abgesicherte Auslandsinvestitionen löst nicht die weltweiten Probleme der Armut und der globalen und nationalen Umweltzerstörung, sondern bedingt verursacht sie vielmehr und führt so zu einer doppelten Ausbeutung: Der Ausbeutung der Menschen und der Ausbeutung der Natur.

1. Folgen der neoliberalen/kapitalistischen Globalisierung

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd und zwischen den gesellschaftlichen Schichten weltweit wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Normalbevölkerung und in der Dritten Welt. Das durchschnittliche Einkommen des reichsten Fünftels der Weltbevölkerung entwickelte sich im Verhältnis zu dem des ärmsten Fünftels (v.a. in Afrika südlich der Sahara und Südasien) von 30:1 im Jahre 1960 auf 60:1 in 1990 und auf 74:1 in 1997. 2,4 Mrd. Menschen leben von weniger als zwei US-Dollar täglich.
- Die ungleiche Verteilung des Reichtums wird ermöglicht durch eine analoge Ungleichverteilung der Ressourcen- und Umweltnutzung. Derzeit werden rund 80 % der weltweiten Ressourcen für den materiellen Wohlstand von 20 % der Menschheit in Bewegung gesetzt. Die Umweltschäden sammeln sich in den unteren Produktionsstufen bei den armen Ländern, die Wohlstandsökonomien genießen das Endprodukt.
- Steigender internationaler Handel bedeutet beschleunigte Stoffströme sowie steigenden Verkehr, Steigerung des Energieverbrauchs und der Schadstoff- und Treibhausgasemissionen. Das Ergebnis ist eine Verknappung von Ressourcen für zukünftige Generationen.
- Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz. Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Armut und Globalisierung ziehen eine krasse Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen nach sich, z. B. den transnationalen grenzüberschreitenden Handel mit Frauen und Kindern. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeengt. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Die zentrale Steuerung der Transnationalen Konzerne nach rein kommerziellen Gesichtspunkten führt zu einer Entmenschlichung der Beziehungen. Es wird nur noch die Erfüllung von Funktionen und Vorgaben gefordert, nicht ein kreatives Mitgestalten und Mitbestimmen zugelassen.

- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Sie begünstigen damit politische Destabilisierung und dies ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus, sowie für die Aushöhlung demokratischer Rechte.

2. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärungen

Allgemein kann Globalisierung als die Entstehung einer weltweiten, überregionalen und internationalen Ebene in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verstanden werden. Sie geht einher mit einer Unterordnung der nationalen, regionalen und lokalen Einheiten unter die Macht- und Funktionsimperative der globalen Ebene.

Neu am derzeit stattfindenden Prozess der Globalisierung ist Umfang und Tiefe der den gesamten Globus umfassenden Kapitalisierung der Welt. Wesentlich für diesen Prozess ist die Tendenz der globalen Zerstörung von Selbstversorgungswirtschaften und regionaler Wirtschaftsformen zur Schaffung von globalen Märkten und abhängigen Konsumenten. Von 1950 bis 2000 wuchs die Weltwirtschaftsleistung (gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, BIP) „nur“ um mehr als das Sechsfache, die internationalen Handels- Kapital- und Finanzströme stiegen aber um ein Vielfaches. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre haben auch Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenübernahmen an Häufigkeit und Transaktionsvolumen drastisch zugenommen. Die Transnationalen Konzerne wickeln einen zunehmend großen Teil des Welthandels konzernintern ab.

Darüber hinaus meint Globalisierung auch das (politische) Vorantreiben dieses komplexen Prozesses. Dies ist ein politisch gestalteter und gestaltbarer Prozess und wird getragen und forciert vor allem von der World Trade Organisation (WTO), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in unterschiedlichem Maße auf das nationalstaatliche Recht einwirken.

3. Triebkräfte der Globalisierung

3.1 Freihandelsdoktrin

„Freihandel“ meint unbeschränkten Warenaustausch und Kapitaltransfer (Kreditvergabe, Investitionen) zwischen Produzenten, Firmen, sowie zwischen Nationalstaaten oder größeren oder kleineren Regionen. Das Gegenteil von Freihandel bedeutet dementsprechend nicht die Abwesenheit von Handel zwischen solchen Einheiten, sondern dessen Regulierung durch Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen oder Schutzzölle oder durch sonstige Beschränkungen der Freiheit des Kapitals und der Investitionssicherheiten. Die Freihandelsdoktrin geht davon aus, dass Freihandel in jedem Fall für alle beteiligten Regionen von Vorteil sei und selbst zwischenzeitliche Ungleichheiten durch den vom Freihandel hervorgerufenen allgemeinen Produktionszuwachs bei weitem aufgewogen würden. Die von IWF, Weltbank und WTO durchgehend vertretene Doktrin beruft sich unter anderem auf die deutlich vorteilhafte ökonomische Entwicklung von Nationen, die sich für den Freihandel geöffnet haben. Dabei wird – in Fortsetzung des berühmten Werks „Wealth of Nations“ von Adam Smith - der Wohlstand der Nationen durchwegs in eins gesetzt mit dem Wohlergehen der einheimischen Bevölkerung. Dass in Wirklichkeit der Reichtum der kapitalistischen Länder geradewegs herrührt aus der Armut und Ausbeutung der jeweiligen Bevölkerung, so dass der Reichtum der Nationen Hand in Hand geht mit der dauerhaften Unterdrückung der Menschen, wird in dieser Ideologie glattweges unter den Teppich gekehrt.

Position 1 („Globalisierung gerechter gestalten“; vgl. II.2.1): Freihandel Grenzüberschreitender Handel ist als eine Form des friedlichen, gleichberechtigten (z. B. nicht von marktverzerrenden Institutionen geprägten) und nicht vom Kapital dominierten

1 Austausch zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form
 2 konzerngesteuerter Wirtschaft und der Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit, frei von
 3 staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle sowie frei von Verantwortung für die Natur
 4 und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brauchen national wie
 5 international einen demokratisch fundierten Rahmen, der ordnet, lenkt und erhält. Nur
 6 Volkswirtschaften, deren Regelsystem diese Funktionen ausfüllen kann, und die über
 7 ausreichend eigenes Kapital und Reichtum verfügen, oder die durch internationale
 8 Schutzrechte und Hilfeleistungen für kapitalschwache Länder gefördert werden, können
 9 erfolgreiche und menschenfreundliche Marktwirtschaften ausbilden und erfolgreich und in
 10 gerechter Form am internationalen Handel teilnehmen. Noch nicht hinreichend entwickelte
 11 Volkswirtschaften müssen zunächst mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen und unter
 12 Zuhilfenahme von Schenkungen und massiver Kapital-Entwicklungshilfe seitens der
 13 reichen Länder ihre Position stärken; erst anschließend können sie am internationalen
 14 Freihandel erfolgreich teilnehmen. Die Verfechter der Freihandel_sdoktrin verwechseln
 15 dagegen Ursache und Wirkung.

16 **Position 2 (Entglobalisierung; vgl. II.2.2):** Freihandel ist in jedem Fall abzulehnen.
 17 Freihandel widerspricht unter anderem dem Ziel einer Internalisierung von sozialen und
 18 ökologischen Kosten und führt im Gegenteil zu einem globalen
 19 Standardsenkungswettbewerb. Selbst wenn dem durch internationale Vereinbarungen
 20 entgegengewirkt werden könnte, widerspricht Freihandel immer noch den Vorteilen, die
 21 eine starke Regionalisierung der Wirtschaft für Demokratie und Ökologie hat und zwingt
 22 zu einer Spezialisierung, die unabhängige Produzenten zu abhängigen Konsumenten
 23 macht.

24 3.2 Wachstumsdoktrin

25 Unstrittig ist, dass das Wachstum des industrialisierten Nordens seit der Kolonialzeit
 26 wesentlich auf asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen beruht, die die Ausbeutung von
 27 Ressourcen aus dem Süden erlauben. Eine Nachahmung des westlichen ressourcenintensiven
 28 Entwicklungsmodells durch die sog. Entwicklungsländer hingegen würde die ökologischen
 29 Dimensionen des Planeten und damit auch die Basis aller ökonomischen Aktivitäten
 30 sprengen.

31 **Position 1** „Kapitalismus braucht Wachstum, deshalb akzeptieren wir das
 32 Wachstum, denn wir leben nun mal im Kapitalismus und können nicht raus“:
 33 Globalisierung ist die Folge des kapitalistischen Wachstumszwanges. Kapitalismus kann
 34 ohne Wachstum nicht existieren; er treibt die Unternehmen zu ständiger Expansion.
 35 Wachstumstheorien versuchen sich in Begründungen dafür, dass unendliches Wachstum
 36 möglich sei. Selten aber wird gefragt, warum Wirtschaftswachstum überhaupt notwendig
 37 ist. – Da Attac sich nicht anmaßt, den Kapitalismus überwinden zu können (wir sind
 38 einfach zu wenige, die Kräfteverhältnisse lassen es einfach nicht zu, man muss realistisch
 39 sein, 100 Jahre Gewerkschaftsarbeit haben nicht die Befreiung gebracht, obwohl die
 40 Gewerkschaften 10mal so viele Mitglieder haben wie Attac), akzeptiert Attac
 41 zähneknirschend diesen menschenfeindlichen Wachstumszwang des Kapitalismus. Alle
 42 unsere Maßnahmen gegen Globalisierung finden ihre Grenze dort, wo wir das vom
 43 Kapitalismus geforderte Wachstum und die Ausbeutung in Frage stellen müssten. Da hört
 44 der Spaß auf.

45 **Position 2:** „Kapitalismus braucht Wachstum, deshalb sind wir gegen den
 46 Kapitalismus“. Kapitalismus kann ohne Wachstum nicht existieren; er treibt die
 47 Unternehmen zu ständiger Expansion.. Selten wird gefragt, warum Wirtschaftswachstum
 48 überhaupt notwendig ist. Attac (Vorschlag von Achim) hat die Erklärung gefunden:
 49 Wirtschaftswachstum ist im Kapitalismus notwendig, weil der produzierte Reichtum sich

1 in Händen einer Minderheit ansammelt und nicht in den Händen der Bevölkerung, die den
2 Reichtum produziert. Die kapitalbesitzende Minderheit weiß mit dem ihr zufallenden
3 Reichtum nichts Besseres anzufangen, als mit ihm nach neuen Anlagesphären (Kapital-
4 Wachstumsgelegenheiten) zu suchen, während die große Mehrheit der Menschen, mangels
5 Teilhabe am Reichtum, zu ewiger Unterwerfung unter die Wachstumsphantasien und den
6 Ausbeutungsdruck der Minderheit gezwungen ist. Das ist der Mechanismus des
7 Wachstumszwangs.

8 Wir müssen daher die Behauptung der Arbeitgeberlobby und der Neoliberalen, dass ein
9 Wachstum des BIP sowie Arbeitszeitverlängerung etc. die Voraussetzung für Erhalt des
10 Wohlstands und der Arbeitsplätze seien, als Erpressung zurückweisen. Das heißt
11 allerdings, sich vom Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang zu verabschieden.
12 Konsequenz: Wachstum ist gut und schön in dem Maß, wie es von der Bevölkerung,
13 wenn sie die freie Wahl hat, demokratisch gewünscht wird. Wachstum ist aber schlecht,
14 wenn es auf Ausbeutung der Bevölkerung beruht. Die Haupt-Maßnahme gegen Armut ist
15 nicht das Wachstum, sondern die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, in die
16 Hände der ganzen Bevölkerung. – Diese Position ist also nicht prinzipiell gegen ein
17 Wachstum des BIP; sie lehnt aber ein Wachstum ab, das auf der Ausbeutung der
18 Menschen und einer undemokratischen Durchsetzung eines angeblichen „Sachzwangs
19 zum Wachstum“ beruht.

20 **Position 3: „Abschied vom BIP-Wachstum – denn es schädigt die Natur und es macht**
21 **nicht glücklich, denn wahres Wachstum wird ganz anders gemessen“:**

22 Wirtschaftswachstum ist die Folge einer expliziten makroökonomischen Zielsetzung.
23 National wie global ist Wachstum das zentrale Ziel aller wirtschaftspolitischen
24 Anstrengungen. Armut ist in der Sichtweise von IWF, Weltbank und WTO das Resultat
25 eines zu geringen Wirtschaftswachstums. In den Wachstumsrechnungen anhand der
26 Indikatoren Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP) wird generell nur
27 bilanziert, was in Geldwerten erfasst wird. Außerdem werden alle Transaktionen positiv
28 bilanziert, gleichgültig, ob es sich dabei um gesellschaftlich oder ökologisch nützliche oder
29 schädliche Aktivitäten oder um Reparaturkosten handelt.

30 Alternative Indices für wirtschaftlichen Wohlstand wie der GPI (Genuine Progress
31 Indicator), die auch Faktoren wie Ressourcenbestand, Umweltverschmutzung, Freizeit,
32 Gesundheit, Kriminalität, Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitslosigkeit sowie unbezahlte
33 Arbeit in Ehrenamt und Haushalt einbeziehen, deuten darauf hin, dass in den
34 Industriestaaten ab einem Wendepunkt, der zwischen ca. 1970 (USA) und ca. 1980 (BRD)
35 lag, die durchschnittliche Lebensqualität bei anhaltendem BIP-Wachstum sinkt. Eine
36 Steigerung des Pro-Kopf-BIP kann zeitweilig mit einer Erhöhung der Lebensqualität
37 einhergehen, dann jedoch in das Gegenteil umschlagen. Durch Bodendegradation, Rodung
38 von Wäldern, Artenschwund, Klimawandel, Absinken des Grundwasserspiegels,
39 Umweltgifte etc. wird mit den natürlichen Lebensgrundlagen auch die ökonomische Basis
40 von unzähligen Haushalten zerstört – besonders bei jenen zwei Milliarden Menschen, die
41 direkt vom Zugang zur Natur leben.

42 **Position 3-Position 4, „Zukunft des Wachstums – Wachstum ist geil und notwendig!“:**

43 Die ökologische Problematik muss zwar in der vollen Breite anerkannt werden, aber BIP-
44 Wachstum wird sich durch technologischen Fortschritt und Umschichtungen innerhalb und
45 zwischen den Wirtschaftssektoren vom Naturverbrauch entkoppeln lassen. BIP-Wachstum
46 ist nicht nur möglich, sondern notwendig, auch um das Umweltproblem zu lösen.

1 **3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen**

2 Die ökonomische Globalisierung ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung von
3 Technologien, welche die Nutzbarmachung natürlicher Ressourcen, weltweiter Gesellschaften
4 und Individuen für das westliche Entwicklungsmodell erst ermöglichen. Dieselben
5 entgrenzenden Technologien tragen zur Verbreitung von Informationen, Lebensstilen,
6 Produkten, Rechtsnormen und Infrastruktur bei. Begleitet wird diese geografische
7 Entgrenzung von einer zeitlichen Beschleunigung bislang ungekannten Ausmaßes.

8 Satelliten, Glasfasernetze und Computertechnik ermöglichen es heute, in
9 Sekundenbruchteilen Milliarden von Datenpaketen über den Erdball zu jagen. Moderne
10 Kommunikationstechnologien ermöglichen persönliche Kontakte und Geschäfte auch mit
11 abgelegensten Personen und Regionen. Ressourcenextraktion ist heute wesentlich effektiver
12 und in größerem Umfange möglich durch den Einsatz moderner computergesteuerter
13 Maschinen. Katalytisch wirken dabei die immer effektiver, schneller und günstiger
14 werdenden Transporte der entstehenden Stoffströme. Lebensgefährliche und
15 gesundheitsschädliche Tätigkeiten werden von Maschinen übernommen. Arbeitserleichternde
16 technologische Unterstützung bieten den Menschen eine humanere Arbeitswelt. Die
17 technologische Entgrenzung entspricht dem Erfindergeist des Menschen und ist auch politisch
18 gewollt.

19 Viel zu wenig werden die „Technikfolgeabschätzung“ und die Forderungen an eine
20 nachhaltige Wirtschafts- und Lebensform bei der politischen Förderung von Technologien
21 berücksichtigt. Solche Technologien stehen für unzählige Bereiche längst zur Verfügung.

22 Komplexe Technologien ziehen neue Grenzen durch die Gesellschaften. Sie erfordern lange,
23 teure Ausbildungszeiten. Durch die Spezialisierung im Arbeitsprozess wird der Einzelne
24 immer abhängiger von seiner ausgeübten Tätigkeit. Er empfindet sich dabei immer mehr als
25 ein Rädchen im Getriebe, das sich zunehmend glücklich schätzt, wenn es am
26 Produktionsprozess überhaupt noch Teil haben darf. Somit trägt die technologische
27 Entwicklung auch zu einer Form „sozialer Entropie“ bei.

28 **3.4 Transnationale Konzerne (TNK)**

29 International operierende Unternehmen umschlingen die Welt wie eine Krake und bestimmen,
30 wohin das Geld wandert und welche Güter wo auf dieser Welt produziert werden. Die großen
31 Anteilseigner der TNK, ihre angestellten Verwalter und ihre politischen Sachverwalter bilden
32 eine weltweite, immer homogenere herrschende Klasse. Seit der Druck der Gegenmächte von
33 ihnen genommen ist (Zusammenbruch des sozialistischen Experiments im „Ostblock“ 1989),
34 errichten sie zunehmend ein globales totalitäres System.

35 TNK tragen weltweit unter dem Strich zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei. Ihre
36 Nettobeschäftigungseffekte sind negativ. Durch ihre enorme Durchsetzungsfähigkeit und
37 globale Verlustverteilung zahlen die TNK kaum Steuern, erhalten hohe Subventionen und
38 tragen damit in vielen Fällen zur explosiven Staatsverschuldung bei.

39 Durch die TNK wird weltweit der Graben zwischen Verlierern und Gewinnern immer tiefer.
40 Anstatt den Einkommensabstand zu beheben, erweitern die TNK durch ihre
41 Weltmarktbeherrschung und ihr Profitstreben die Kluft, treiben einen Großteil der
42 Weltbevölkerung in die Armut, bauen zunehmend die Demokratie ab und bewirken
43 wachsenden Reichtum nur für eine Minderheit. Ihre bewaffneten Wächter treiben Bürgerkrieg
44 nach innen und Eroberungskrieg nach außen. Sie zerstören systematisch die Natur und
45 beschwören eine Klimakatastrophe herauf.

1 **3.5 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF/Weltbank)**

2 Eine mächtige Triebkraft der wirtschaftlichen Globalisierung sind die internationalen
3 Finanzmärkte. Sie entstanden mit der Auflösung des Systems fester Wechselkurse und der
4 daran anschließenden, auch vom IWF vorangetriebenen Liberalisierung der Finanz- und
5 Bankenmärkte.

6 **3.5.1 Freigeldposition**

7 *[Anm. d. Red.: Obwohl hier keine Gegenposition aufgeführt ist, ist die Freigeldtheorie*
8 *innerhalb von ATTAC umstritten und wird von vielen nicht geteilt. - Immerhin ist eine*
9 *begründete Kritik an der Freigeldtheorie sehr wohl vorhanden, z.B. auf www.kiesweg.de.*
10 *Man kann die Kritik wie folgt kurz zusammenfassen:*

11 *- Die Ausbeutung der Arbeitenden geschieht nicht erst – wie die Freigeld-Leute meinen - in*
12 *dem Moment, wo die Leute sich von ihrem Lohn etwas kaufen, oder wo sie einen Kredit*
13 *nehmen, sondern am Arbeitsplatz, durch den bekannten Mechanismus der Mehrarbeit und*
14 *Mehrwertproduktion. Die Ausbeutung geschieht nicht mit dem Zins, der in den*
15 *Konsumgütern steckt, oder der auf Kredite zu zahlen ist, sondern mit dem Mehrwert, der*
16 *den Arbeitenden täglich abverlangt wird.*

17 *- Man darf Kapital nicht mit Geld verwechseln. Die Idee, die Profitrate auf 0 zu drücken*
18 *durch eine Geld-Hortungsabgabe, bedeutet, das Geld als Fetisch zu verwenden: Man setzt*
19 *das Geld unter Druck, in der Hoffnung, damit das Kapital zu treffen.*

20 *- Der Kapitalismus ist nicht eine Folge einer fehlerhaften „Geld- und Bodenordnung“,*
21 *sondern eines falschen Umgangs der Bevölkerung mit Eigentum an Produktionsmitteln.*
22 *Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital wäre im Prinzip ohne Geld genauso möglich*
23 *und ist auch im alten Ägypten, in der damaligen geldlosen Tauschwirtschaft, bereits*
24 *vorgekommen.*

25 *- Der freiwirtschaftliche Weg zum Absenken der Zinsen auf 0, nämlich die Schaffung eines*
26 *riesigen Angebots von Kapital (eines „Sachgütermeeres“), so dass Kapitaleigentümer und*
27 *Vermieter wegen Kapital-Überangebot keine Zinsen mehr verlangen können, ist nur*
28 *durch immense Verschärfung der Ausbeutung von Mensch und Natur erreichbar: man*
29 *käme vom Regen in die Traufe.]*

30 Geld ist per se kein gerechtes Tauschmittel. Der Wert von Gütern ist zeitabhängig, bei
31 Knappheit hoch, bei Überfluss oder mit Alterung nieder. Dies gilt noch extremer bezüglich
32 Arbeitskraft. Nicht angewandte Arbeit ist verloren. Geld dagegen unterliegt diesem
33 Angebotsdruck prinzipiell nicht. Der Geldbesitzer ist gegenüber allen anderen
34 Wirtschaftsteilnehmern hoch privilegiert.

35 Die kapitalistische Komponente unseres Wirtschaftssystems basiert auf dem Zins als Anreiz
36 zur langfristigen Anlage von Geldvermögen. Den Unternehmen kann Geld somit langfristig
37 als Kredit gegen Bezahlung von Zinsen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.
38 Dank dieser Investitionen vermehrt sich das Kapital, die allgemeine Produktivität und damit
39 der Wohlstand. Mit zunehmender Vermehrung und Verfügbarkeit des Kapitals sinkt jedoch
40 der Zins, auch weil Unternehmen bei weitgehender Marktsättigung in den Industrieländern
41 keine hohen Kreditzinsen mehr bezahlen können. Langfristig können wir froh sein, wenn die
42 Unternehmen unser Vermögen bewahren können, d. h. sich ein Zinssatz von 0 ergibt,
43 andererseits werden Vermögen bei einem Zinssatz von 0 nicht mehr langfristig angelegt.
44 Durch diese Entwicklung legen viele Anleger ihr Geldvermögen immer kurzfristiger und
45 spekulativer an und die Menschen halten immer höhere Bargeld- und Girokontobestände. Im
46 Jahre 2002 hatten 80 % der weltweiten Kapitalflüsse von ca. 2.000 Mrd. €/Tag eine
47 Anlagedauer von 7 Tagen.

1 Die ständig über den Wachstumsraten liegenden Zinssätze tragen wesentlich zu einer
2 Umverteilung des Reichtums bei von der Arbeit zum Besitz, national und zwischen den
3 Staaten (Nord/Süd). Immer größere Kapitalakkumulationen suchen nach
4 Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche.

5 Diese Situation war in der Vergangenheit immer der Ausgangspunkt für Kolonialisierung und
6 Krieg. Somit ist unser derzeitiges Zinssystem die entscheidende Ursache für die von IWF und
7 Weltbank durchgesetzte weltweite Neoliberalisierung, für steigende Rüstungsaufgaben und
8 systemimmanente Kriege, die ca. alle 70 Jahre die angehäuften Vermögen (und damit
9 verbundenen Staatsschulden) wieder reduzieren.

10 Ein weiterer Aspekt zeigt die Krisensituation: Arbeiter können solange am Wohlstand
11 partizipieren, wie die reale Zinsrate unterhalb der realen Wachstumsrate des Sozialproduktes
12 liegt. Das Wirtschaftswachstum ist seit dem Zweiten Weltkrieg unverändert bei 250 Mrd. €
13 pro Jahrzehnt, d. h. es wird prozentual immer weniger und sinkt stärker als die Zinsrate.
14 Damit wachsen die Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft, die Kaufkraft der
15 Arbeitnehmer wird geringer, da die Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt sind.
16 Während das BIP seit 1991 um 9 % gewachsen ist und die Nettolöhne um 2 % gesunken sind,
17 wuchsen Zinserträge und Geldvermögen real um 60 %. In 2001 haben die Banken in
18 Deutschland ihren Anlegern 391 Mrd. € oder 66 % der Nettolöhne gut geschrieben. Für eine
19 gerechtere Geldwirtschaft muss somit der Zins letztlich gegen Null sinken.

20 *[Achim: Richtig ist: Wir müssen für eine Umverteilung von oben nach unten sorgen. Das*
21 *schließt auch eine Beendigung der Zinseinnahmen ein, die die Superreichen ständig*
22 *kassieren. Insofern ist eine Art Nullzins für das Anlagekapital der Kapitalistenklasse eine gute*
23 *Forderung. Es ist aber verfehlt, zu meinen, dass Zinssätze allgemein auf 0 sinken müssten. Es*
24 *kömmt drauf an, wem das Kapital gehört!]*

25 3.5.2 Verschuldung

26 Die anhaltende Bereicherung eines kleinen Teils der Weltbevölkerung in den reichen Ländern
27 des Nordens auf Kosten der Mehrheit der Menschen im Süden ist einer der Hauptgründe für
28 globale, häufig gewaltsam ausgetragene Konflikte. Die Verschuldung des Südens bei
29 nördlichen Gläubigern ist dabei einer der wichtigsten Mechanismen von
30 Bereicherung/Verarmung.

31 Ein strukturelles Problem kann nicht durch einzelne Schuldenerlasse allein überwunden
32 werden. Vielmehr müssen die Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern auf eine
33 neue Grundlage gestellt werden. So wie auf nationaler Ebene insolvenzrechtliche Verfahren
34 die Interessen beider Parteien zu einem einigermaßen fairen Ausgleich bringen, müssen auch
35 souveräne Schuldner im Süden durch rechtsstaatliche Verfahren geschützt werden. –
36 *Außerdem sind Maßnahmen zum systematischen Kapitaltransfer von Nord nach Süd – im*
37 *Sinne von Schenkungen, nicht Krediten – zum Zwecke der Angleichung der*
38 *Lebensverhältnisse und des Reichtums in der Welt - zu treffen.*

39 3.5.3 Rolle von IWF und Weltbank

40 Die Weltbank und der IWF sind die Träger der nach dem Zweiten Weltkrieg in Bretton
41 Woods entstandenen Weltfinanzordnung. Die von ihnen finanzierten Großprojekte stehen
42 einer lokalen eigenständigen Entwicklung oft entgegen.

43 Die neoliberale Ideologie des „Washington Consensus“ überhöhte den IWF zu einem
44 Machtinstrument, um die neoliberale Doktrin durchzusetzen, ohne Ansehen spezifischer
45 Situationen von Volkswirtschaften. Lange genug hat der IWF als Krisenmanager – in Asien
46 1997/98, Brasilien 1998/99 und Argentinien 2001 – versagt. Immer wieder intervenierte er in

1 den Krisen-Ländern, um als Schuldeneintreiber das Kapital der ausländischen Gläubiger und
2 Kapitalanleger zu retten.

3 Im IWF und in der Weltbank haben die USA eine Vetoposition und zehn Industrieländer
4 zusammen eine absolute Mehrheit. Sie bestimmen damit die internationale Finanzordnung
5 allein, und sie richten sich dabei oft nach den Interessen von Banken und Multis und nicht
6 nach denen der Menschen in jenen 130 Entwicklungsländern, die zusammen nur rund 33 %
7 der Stimmen halten.

8 Die globalisierten Finanzmärkte verlangen stabile Währungen, ausgeglichene Budgets und
9 Rückzahlung der Auslandsschulden. Nötig ist daher die Erwirtschaftung von
10 Exportüberschüssen und Devisen. Für die Entwicklungsländer bedeutet dies hauptsächlich
11 den Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Fallende Preise und Währungen führen zu weiter
12 steigender Ressourcenextraktion, um den Geldwert der Exporte stabil zu halten. Die damit
13 gegebene Verschlechterung der Handelsbedingungen sind ein herausragender Faktor sowohl
14 für die Armutsentwicklung in vielen Regionen der Welt als auch – damit zusammenhängend
15 – für die Wohlstandsgewinne in den Industriestaaten.

16 **3.6 Das Welthandelssystem**

17 Die Welthandelsorganisation (WTO) ging 1995 aus dem GATT von 1947 hervor, dessen
18 Unterzeichner sich auf freihändlerische Prinzipien verpflichteten. Der Geltungsbereich dieser
19 Prinzipien wurde ausgeweitet und zugleich wurden deutliche Senkungen der
20 Durchschnittszölle erreicht. Durch die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT
21 verteilt sich der Zuwachs des Welthandels infolge der beschlossenen Handelsliberalisierung
22 zu gut zwei Dritteln auf die OECD-Wirtschaften und zu knapp einem Drittel auf den „Rest
23 der Welt“. Die WTO-Prinzipien unterminieren stringente Standards für die einheimische
24 Wirtschaft und stehen im Widerspruch zu einigen multilateralen Umweltabkommen.

25 Viele arme Länder können ihre Interessen nicht in die Verhandlungsprozesse der WTO
26 einbringen, obwohl formal das Prinzip „one country – one vote“ gilt. Gleichzeitig sind die
27 Kosten der administrativen Umsetzung von WTO-Abkommen enorm. Die Rechtsprechung
28 andererseits geschieht durch das WTO-Streitschlichtungsverfahren, das von Handelsjuristen
29 ausgeübt wird.

30 Der Agrarsektor wurde mit dem „Agreement on Agriculture (AoA)“ erst 1995 in die
31 multilaterale Welthandelsordnung einbezogen. Diese Einbeziehung ist sehr dürftig, da
32 Agrarlobbys und Regierungen der Industrieländer bisher keine substantiellen Angebote
33 gemacht haben, die den Interessen der Entwicklungsländer entgegen kommen.
34 Exportsubventionen machen Überschüsse so billig, dass sie auf ausländischen Märkten
35 verkauft werden können. Die OECD-Landwirte erhielten 2001 rund 230 Milliarden US-\$ an
36 Subventionen, das waren rund 35 % (21 %) der Einkommen der EU(US-)-Landwirte.

37 Das TRIPS-Abkommen soll geistiges Eigentum international schützen, vor allem durch die
38 Schaffung und Durchsetzung weltweiter Patentrechte. Für TNK sind geistige Eigentumsrechte
39 eine wichtige Einrichtung zum Ausbau und zur Festigung ihrer marktbeherrschenden
40 Stellung. Das TRIPS-Abkommen ermöglicht die privatwirtschaftliche Ausbeutung
41 genetischen Materials („Patent auf Leben“) und bringt dadurch die Landwirtschaft in den
42 Entwicklungsländern zunehmend unter die Kontrolle der Pharma-Unternehmen. Dies führt zu
43 einem radikalen Verlust an agrarischer Biodiversität.

44 Aufgrund dieser schweren Mängel hat diese WTO keine Legitimation als multilaterales
45 Forum. Diese Sicht wurde durch das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz von 2003
46 (Cancún) bestätigt. Das Welthandelssystem steht an einem Scheideweg. Eine „kosmetisch

1 korrigierte“ Fortführung der oben beschriebenen Strukturen , ein verschärfter aggressiver
2 Unilateralismus oder eine spürbare Veränderung der Spielregeln stehen zur Diskussion.

3 **3.7 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale**

4 Die ungleiche und asymmetrische Entwicklung, die sich in und zwischen den verschiedenen
5 Gesellschaften und Nationen auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter
6 neoliberalen Regime ergibt, wird durch die Kriege gestärkt, welche die G 8-Staaten führen
7 und geführt haben sowie durch viele Kleinkriege in einer ganzen Reihe von Ländern der
8 Peripherie. Die Opfer sind in der Mehrheit Frauen und Kinder.

9 In diesen Kriegen geht es um weltweite oder regionale Vorherrschaft, um die Kontrolle
10 wichtiger Rohstoffe, um die Kontrolle von Waren- und Finanzmärkten, um die Kontrolle von
11 Migrationströmen oder um den verzweifeltsten Kampf um Überlebenschancen.

12 Die politische Ökonomie der westlich dominierten Weltgesellschaft bereitet auf diese Weise
13 nicht zuletzt die Grundlage für terroristische Aktivitäten. Diese Entwicklungen in der Welt
14 wie ethnische Massaker, Vertreibungen, Terror liefern gleichzeitig die willkommenen
15 Vorwände, um unter Verweis auf die Aufrechterhaltung des westlichen Wertehorizonts
16 (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft, die Achse des Guten) die nach dem
17 Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges entwickelten und anerkannten
18 rechtlichen Standards (UN-Charta, Menschenrechte, Völkerrecht, Genfer Konvention) massiv
19 zu de-regulieren. Ein Beispiel hierzu ist die Nichtanerkennung des Internationalen
20 Gerichtshofes in Den Haag durch die USA.

21 **3.8 Die EU: Motor der Globalisierung**

22 **3.8.1 Position 1 („EU-kritisch“)**

23 Die Europäische Union gehört zu den Organisationen, die der Motor der neoliberalen bzw.
24 kapitalistischen Globalisierung sind. Sie hat die Ideologie des Freihandels und der
25 Liberalisierung der Kapitalströme innerhalb Europas weit schneller und entschlossener
26 umgesetzt als die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen auf globaler Ebene. Damit
27 wurde in den EU-Mitgliedstaaten in weiten Teilen das vorgelebt, was heute weltweit
28 durchgesetzt werden soll.

29 **Schlüsselprojekt Binnenmarkt:** Schon seit den 60er Jahren können in Europa Waren
30 grenzüberschreitend ohne Hindernisse gehandelt werden. Nach und nach wurde auch der
31 Handel mit Dienstleistungen liberalisiert, grenzüberschreitende Investitionen wurden
32 geschützt, Kapitalverkehrsbeschränkungen beseitigt und Regeln für den Schutz des freien
33 Wettbewerbs eingeführt.

34 Während der Verwirklichung des Binnenmarktprojektes stieg die Erwerbslosigkeit nahezu
35 ununterbrochen. Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und Wachstumsmodells und
36 die drastische Ausweitung des LKW-Verkehrs haben zu einem massiven Anstieg des
37 Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltzerstörung geführt, dem die EU-
38 Umweltpolitik trotz einzelner Erfolge nichts entgegenzusetzen konnte. Trotz dieser schlechten
39 Bilanz soll das Binnenmarkt-Modell jetzt im Rahmen der EU-Osterweiterung im
40 wesentlichen unverändert auf die Beitrittsstaaten übertragen werden.

41 **Der Euro:** *[Die in diesem Abschnitt zum Ausdruck kommende Kritik am EU-Stabilitätspakt*
42 *und an der Geld- und Zinspolitik der Europäischen Zentralbank ist strittig: Die dahinter zum*
43 *Vorschein kommende neo-keynesianische Position widerspricht der Wachstumskritik, wie sie*
44 *an anderer Stelle in diesem Entwurf formuliert wird (vgl. Kap. II. 1.1 Position 1: Abschied*
45 *vom Wachstum).]* Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und die
46 Einführung des Euro Anfang 2003 sind ein wesentlicher Schritt zur Vollendung des

1 Europäischen Binnenmarktes. Eine gemeinsame europäische Währung kann dazu beitragen,
2 auch über Europa hinaus schädliche Wechselkursschwankungen sowie ihre spekulative
3 Ausnutzung zu verhindern und die Koordinierung der Währungspolitik zu erleichtern. Mit
4 den Grundpfeilern der EWWU werden allerdings die Weichen in eine Richtung gestellt, die
5 im Hinblick auf ein demokratisches und solidarisches Europa höchst fragwürdig sind: Der
6 europäische Stabilitätspakt schreibt die Verringerung der Haushaltsdefizite und der
7 Staatsverschuldung verbindlich vor, ohne dabei Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale
8 Situation in den Mitgliedstaaten zu nehmen. So wird nicht nur eine konjunkturfördernde
9 Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise völlig verhindert. Die Verpflichtungen durch den
10 Stabilitätspakt haben auch in zahlreichen Ländern zur Kürzung sozialer Leistungen geführt.

11 Die Geldpolitik, vor allem die Bestimmung der Leitzinssätze, ist einer unabhängigen
12 Europäischen Zentralbank übertragen, die vor allem dem Ziel der Inflationsbekämpfung
13 verpflichtet ist. Während sich Kapitalanleger dadurch auf hohe Renditen ohne große
14 Inflationsrisiken verlassen können, werden arbeitsmarktpolitische und konjunkturelle
15 Auswirkungen der Geldpolitik vernachlässigt. Auch international läuft eine übermäßig
16 stabilitätsorientierte Geldpolitik die Gefahr, eine Konkurrenz mit dem Dollar und anderen
17 Währungen um die niedrigste Inflation und damit die höchsten Renditen zu provozieren,
18 welche ausschließlich den Kapitalanlegern nützt.

19 **Agrarpolitik:** Über die Hälfte des Finanzhaushalts der Europäischen Union wird für die
20 gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Noch immer steht dabei die Steigerung der
21 Produktionsmengen im Vordergrund. Das führt unter anderem dazu, dass hoch
22 subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU an der Zerstörung regionaler
23 Märkte in Entwicklungsländern beteiligt sind, Böden und Grundwasser verseucht werden und
24 Methanemissionen nicht unerheblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen. Diese
25 Form der Agrarsubvention muss gestoppt werden, nicht nur weil sie in der bisherigen Form
26 nach der geplanten Osterweiterung nicht mehr finanzierbar erscheint.

27 **Die Rolle der EU bei der weltweiten Handelsliberalisierung:** Zuletzt bei der Eröffnung
28 einer neuen Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des Welthandels in Qatar Ende 2001 hat
29 sich die EU (Ministerrat und Kommission) als treibende Kraft bei der Handelsliberalisierung
30 gezeigt. Während offiziell die Chancen der Liberalisierung für die Entwicklung armer Länder
31 betont werden, erweist sich die EU hinter den Kulissen als harte Fürsprecherin der
32 Expansionsinteressen der europäischen Industrie.

33 **Das Ziel „wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt“:** Welche Ziele sie mit ihrer
34 Politik verfolgen, haben die EU-Regierungschefs mit einer im Jahr 2000 in Lissabon
35 verabschiedeten Strategie deutlich gemacht: innerhalb von zehn Jahren soll die EU zum
36 wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Dass dieses
37 Wachstum der Mehrheit der Menschen nicht zu Gute kommen wird, ist absehbar: Ebenso wie
38 die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zu mehr statt weniger Arbeitslosigkeit
39 geführt hat, wird auch die Fortsetzung der Liberalisierungs- und Deregulierungslogik bei der
40 Konstruktion des Euro und beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme nicht die
41 versprochenen Verbesserungen der Lebensbedingungen für alle Menschen bringen, sondern
42 nur einige Wenige begünstigen.

43 **3.8.2 Position 2 („EU-optimistisch“)**

44 In der Frage internationaler Standards hat die EU in manchen Bereichen eine Vorreiterrolle
45 eingenommen, z. B. wird z. Z. eine ambitionierte Chemikaliengesetzgebung diskutiert. Die
46 Sicherheitsdoktrin der EU enthält im Gegensatz zu den USA eine starke Betonung von
47 Armutsbekämpfung, Ressourcenzugang usw. Präemption wird einmütig abgelehnt. Nicht
48 zuletzt gibt die EU pro Jahr 33 Mrd. € für die Unterstützung schwacher EU-Regionen aus –

1 darin liegt ein Bekenntnis zu einer solidarischen Politik jenseits der Marktlogik, das in
2 Zukunft gestärkt werden muss.

3 3.9 Der Kapitalismus an sich

4 In den obigen Abschnitten 3.1 bis 3.8 wurden verschiedene Aspekte des heutigen Lebens als
5 Schuldige für die negativen Effekte der Globalisierung ausgemacht:

6 1) Die Ideologie des Freihandels (ausgedrückt durch WTO etc)

7 2) Die ideologische Wachstumsdoktrin

8 3) Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen

9 4) Die Transnationalen Konzerne (TNK) – vor 30 Jahren auch „Multinationale Konzerne“
10 oder kurz „Multis“ genannt

11 5) Gloable Finanzströme und ihre Institutionen

12 6) Das Welthandelssystem (WTO etc)

13 7) Globale Machtasymmetrien und Gewaltpotenziale

14 8) Die EU

15

16 Es gibt allerdings noch eine weitere Position: Die negativen Auswirkungen der
17 Globalisierung sind nichts anderes als die negativen Auswirkungen des **Kapitalismus selbst.**

18

19 Die Globalisierung, also das Verschwinden der nationalen Grenzen und das
20 Zusammenwachsen der Welt zu einer Welt-Gemeinschaft, wäre eigentlich etwas Schönes, da
21 es die rückwärtsgewandte Nationalstaaterei überwindet. Warum hat sie so negative
22 Auswirkungen? Weil sie einhergeht mit einem Ende der Sozialen Marktwirtschaft und einer
23 Wiederbelebung des Kapitalismus in seiner reinen Form. Besonders in Deutschland hatten wir
24 gehofft, dass der Staat seit L. Erhard den Kapitalismus in Schranken hält und zur sogenannten
25 Sozialen Marktwirtschaft transformiert. Die Globalisierung und G. Schröder haben diesen
26 Glauben an das Überleben der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Fall der Mauer zunichte
27 gemacht.

28

29 Wir erleben die Globalisierung. Was ist das? Es ist die schrankenlose Ausbreitung des
30 Kapitalismus auf die ganze Welt.

31

32 Was ist die logische Folgerung? Wir müssen dem Kapitalismus Schranken setzen.

33

34 Aber welche Schranken? Nationalstaatliche? Protektionistische? Nein.

35

36 Attac (Vorschlag von Achim) kommt zu dem Schluss, dass wir zwar eine weltweite, nicht an
37 nationale Grenzen (Grenzen der USA, oder Österreichs, oder Liechtensteins) gebundene
38 Wirtschaft brauchen, aber wir brauchen dennoch Schranken für den Kapitalismus: Und zwar
39 vor allem Schranken für TNKs sowie für die Größe der Kapitalmengen, die natürliche
40 Personen besitzen dürfen. Wir brauchen Maßnahmen zur Auflösung der Kapitalistenklasse
41 weltweit. Dann ist die Globalisierung nichts Schlimmes mehr.

42

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1. Leitbilder und Leitideen

1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung

Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung zielt auf die Integration unterschiedlicher und häufig gegenläufiger Prozesse: die ökonomische Entwicklung von Gesellschaften bei Wahrung der ökologischen Lebensgrundlagen weltweit und unter Gewährleistung der Gerechtigkeit; das Postulat der Gerechtigkeit umschließt dabei nicht nur das gleiche Recht auf Entwicklung für alle jetzt lebenden Menschen in Nord und Süd, sondern auch für die zukünftigen Generationen.

1992 einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wobei die Industriestaaten ihre vorrangige Verantwortung für ein Umsteuern in Richtung ressourcenschonender Entwicklung anerkannten. Die Erklärung von Rio proklamiert: „Das Recht auf Entwicklung muss derart verwirklicht werden, dass die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden“ (Grundsatz 3). Das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“ wird seitdem gerne für Fensterreden verwendet, tatsächlich umgesetzt wird jedoch das der neoliberalen Globalisierung, wie es in der WTO seit 1995 sinnbildlich institutionalisiert wurde: anstelle eines den Naturverbrauch beschränkenden Umweltschutzes das Niederreißen jeglicher Beschränkungen. Von den Betreibern der Globalisierung wird die Säule der ökonomischen Entwicklung auch als Wahrung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit interpretiert, um damit die ökonomische Dominanz der Industriestaaten auf dem Weltmarkt zu legitimieren.

Trotz der Vereinnahmung des Nachhaltigkeitskonzeptes („nachhaltige Globalisierung“) enthält dieses Konzept ein grundlegend kritisches Potential gegenüber den herrschenden ökonomischen und ökologischen Ausbeutungsverhältnissen. Nach dem Gleichheitsgrundsatz haben alle Menschen auf der Erde das gleiche Recht auf Entwicklung und damit gleiche Zugangs- und Nutzungsrechte zu Ressourcen und der Umwelt (Boden, Luft und Wasser). Dieses Recht wird jedoch begrenzt durch die Endlichkeit der Ökosystems Erde sowie die gleichrangigen Rechte zukünftiger Generationen. Demgemäss haben die Entwicklungsländer ihre Nutzungsrechte bei weitem noch nicht ausgeschöpft, die Industrieländer hingegen ihr Konto längst und bei weitem überzogen. Es können nicht weiterhin 20 % der Weltbevölkerung 70-80 % der natürlichen Ressourcen konsumieren.

Position 1: Abschied vom Wachstum: Eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf Wirtschaftswachstum basiert – und das zunächst und vor allem in den industrialisierten Ländern, die mit ihrem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern. In den wenig industrialisierten Ländern dagegen könnte das Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren, auch das des BIP insgesamt, durchaus ein wichtiger und notwendiger Bestandteil auf dem Weg aus der Armut sein; entscheidend jedoch ist, auf welcher Ressourcenbasis und unter welchen sozialen Bedingungen dieses Wachstum stattfindet. Das lässt sich am BIP selbst aber nicht ablesen. Es muss durch andere Indices für ökonomischen Wohlstand wie den Genuine Progress Indicator (GPI) ersetzt werden, die im Ggs. zum BIP die realen sozialen und ökologischen Kosten der Wirtschaftstätigkeit mit einbeziehen. Es gilt auch, in den sogenannten Entwicklungsländern die Chance zu nutzen, direkt auf ressourcenleichte Produktions-, Distributions- und Konsumweisen zu setzen, zu denen die Industrieländer ohnehin finden müssen.

1 BIP-Wachstum als makroökonomisches Ziel ist aufzugeben. Anzustreben ist statt dessen
2 eine **Ökonomie im stationären Zustand**, die die Nettodurchlaufmenge der Weltwirtschaft
3 an Materie und Energie auf einem nachhaltigen Niveau konstant hält. Das muss auch die
4 Kontrolle der Bevölkerungszahl mit beinhalten. Wichtiger als das BIP pro Kopf sind hier
5 direkte Maßnahmen wie solche zur Verbesserung des Bildungsstands und des
6 Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen –, zur Sozialfürsorge, zur Familienplanung und
7 zur Senkung der Kindersterblichkeit. Diese können unter geringen ökologischen Kosten
8 durchgeführt werden. Auch die derzeitigen rezessiven Tendenzen in der Wirtschaft sind
9 nicht so sehr eine Gefahr, der durch eine wachstumsfördernde Politik begegnet werden
10 könnte, sondern eine Herausforderung, den Übergang zu einer nicht-wachsenden
11 Wirtschaft sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Tatsächlich hat sich seit den 70er
12 Jahren die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern trotz anhaltenden BIP-Wachstums
13 vervielfacht. Bei jedem Konjunkturaufschwung fanden Investitionen in kapitalintensive
14 Technologien statt, so dass sich beim nächsten Abschwung ein noch höheres Plateau an
15 Arbeitslosigkeit als zuvor ergab.

16 Um unser bisheriges Wachstums- und Entwicklungsmodell (und die dahinter stehenden
17 Kapitalinteressen, das westliche Konsummodell und die asymmetrischen
18 Wirtschaftsbeziehungen) nicht in Frage stellen zu müssen, hat man als Ausweg aus dem
19 Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit den Begriff des „nachhaltigen
20 Wachstums“ geprägt, der bereits vielerorts die „nachhaltige Entwicklung“ ersetzt. Es zeigt
21 sich jedoch, dass die technischen Gewinne bei der Umwelteffizienz durch das
22 Produktionswachstum national wie weltweit bei weitem überkompensiert werden
23 (Bumerang-Effekt), die absolute Belastung also in wichtigen Bereichen steigt. Ohnehin
24 reichen die bislang erzielten Effizienzgewinne bei weitem nicht aus, um national wie
25 global auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschwenken. Genauso wenig ist die
26 oft beschworene Umschichtung zugunsten des Dienstleistungssektors hinreichend, unter
27 anderem weil dieser weitaus weniger „ressourcenleicht“ ist, als vielfach angenommen
28 wird. Auch das von der Weltbank vertretene Konzept der „schwachen Nachhaltigkeit“ ist
29 strikt abzulehnen, da es davon ausgeht, menschengemachtes und natürliches Kapital seien
30 durcheinander zu ersetzen, anstatt einander zu ergänzen. Wäre das Konzept richtig,
31 befände sich die Weltwirtschaft bereits jetzt auf dem nachhaltigen Entwicklungspfad – und
32 würde die weitere Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer dazu
33 einen positiven Beitrag leisten.

34 Angesichts der Dimensionen der drohenden ökologischen und daraus folgenden sozialen
35 Katastrophen gibt es somit keine rein technologische Lösung, sondern ist ein tieferer
36 struktureller Wandel notwendig. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen müssen
37 die Industrieländer ihren Rohstoffverbrauch um 90 % senken und ihr Konsumverhalten
38 ändern – eine Zielsetzung, die dem Prozess der weiteren Globalisierung und der allseits
39 angestrebten Produktionssteigerung durch weitere Liberalisierung des Welthandels
40 diametral entgegengesetzt ist. Die Senkung ihres Ressourcenverbrauchs und
41 Schadstoffausstoßes ist für die reichen Industriestaaten auch ein Gebot der internationalen
42 Gerechtigkeit; anders ist eine Überwindung der Armut in den Ländern des Südens bei
43 Wahrung der globalen ökologischen Stabilität nicht möglich. Das kann auch ein
44 Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts in den reichen Staaten notwendig machen.

45 **Position 2: Zukunft des Wachstums:** Weiteres Wirtschaftswachstum mit den derzeitigen
46 Produktionstechnologien führt zu weiterer Verschwendung knapper Ressourcen und
47 weiterer Umweltbelastung (z. B. Treibhauseffekt). Daraus folgt jedoch nicht die Forderung
48 nach Nullwachstum, sondern die Forderung nach Änderung der Produktionstechnologien.

49 Weiteres **Wirtschaftswachstum ist notwendig:** Arbeitslosigkeit und Armut auf der Welt
50 sind nicht bei Nullwachstum zu bekämpfen. Es müssen mehr und besser bezahlte

1 Arbeitsplätze entstehen. Beschäftigung ist eine abhängige Variable der Produktionsmenge.
2 Also muss die Produktionsmenge wachsen. Selbst wenn eine radikale Umverteilung von
3 Vermögen, Einkommen und Arbeit bei Nullwachstum politisch durchsetzbar wäre, würde
4 die Weltbevölkerung für immer in konstanter Armut leben. Hinzu kommt, dass die
5 Weltbevölkerung wächst und damit ständig mehr Arbeitsplätze und damit Wachstum
6 benötigt, um ihren Lebensstandard auch nur zu erhalten. Hinzu kommt auch, dass die
7 ständig steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt ständig Arbeitsplätze
8 vernichtet und daher Wachstum notwendig ist, um die bestehende Beschäftigung auch nur
9 zu erhalten.

10 Es ist ein „nachhaltiges“ Wachstum (d. h. Wachstum mit gleichzeitigem Wandel der
11 Produktionstechnologien) und ein „verteilungsgerechtes“ Wachstum (d. h. Wachstum, das
12 die Einkommen der Armen, nicht der Reichen steigert) anzustreben.

13 Das Problem bei der Diskussion um die Zukunft des Wachstums liegt darin, dass das
14 Wachstum im Kapitalismus keine politisch steuerbare Größe darstellt, sondern das
15 Ergebnis der Eigendynamik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses ist. Die Diskussion
16 unterstellt eine Steuerbarkeit des Wirtschaftsprozesses, die in der Realität nicht gegeben
17 ist. Die Steuerungsmöglichkeiten sind durch die neoliberalen Reformen der letzten
18 zwanzig Jahre noch weiter eingeschränkt worden. Anstatt endlose Debatten über das
19 wünschenswerte Wachstumsmuster für die gesamte Welt zu führen, sollte Attac dafür
20 kämpfen, die Eingriffsmöglichkeiten von Staat und Zivilgesellschaft in die Marktwirtschaft
21 zu erhalten und erweitern (z. B. Subventionen, Handelsbeschränkungen, Ökosteuern,
22 Investitionen). Die konkrete Ausgestaltung wäre in jedem Land bzw. jeder Region vor Ort
23 demokratisch von den Betroffenen und ihren Vertretern zu entscheiden.

24 **1.2 Der Mensch in seiner Lebenswelt: Leitideen**

25 *[Dieses Kapitel bedarf noch der Überarbeitung.]*

26 **1.2.1 Universelle Menschenrechte und Miteinander der Staaten**

27 Ausgangspunkt sind die universellen, unveräußerlichen Menschenrechte, die jedem Manne
28 und jeder Frau individuell zukommen. Seit 1945 ist ein rechtlicher Rahmen teils entwickelt,
29 teils wieder hergestellt worden, der diese Menschenrechte geltend machen soll: die UN-
30 Charta, das Völkerrecht. Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung ist evident, dass diese
31 Rechte die Anerkennung grundlegender ökonomischer, sozialer und ökologischer
32 Mindeststandards erforderlich machen, ohne die sie nur sehr unvollkommen realisiert werden
33 können. Im Rahmen der UNO, in regionalen Zusammenschlüssen sind Organisationen und
34 Vertragssysteme entstanden, die eine konkrete Umsetzung dieser Standards verfolgen. Sie
35 setzen sie jedoch oft nur eingeschränkt oder proklamatorisch um, mitunter sind sie regelrecht
36 kontraproduktiv.

37 Eine alternative Weltwirtschaftsordnung muss die Verbindlichkeit dieser Menschenrechte
38 akzeptieren und auf ihre vollständige Umsetzung verpflichtet sein. Das setzt ein anderes
39 Verständnis von Ökonomie voraus. Z. B. feministische Ansätze fordern, sowohl Kontext als
40 auch die Grundlagen ökonomischen Handelns und damit strukturelle Machtasymmetrien zu
41 berücksichtigen. Damit wird dem herrschenden Welt- und Ökonomieverständnis eine Absage
42 erteilt, das

- 43 • Ökonomie als autonomes System begreift;
- 44 • Ökonomie vor allem auf die Zirkulation der Waren- und Geldwirtschaft auf
45 (effizienten) Märkten bezieht;

- 1 • sowohl soziale Lebenswelt, d. h. die Versorgungswirtschaft der Haushalte (vor allem
2 der Frauen) und des Gemeinwesens (in Form von „ehrenamtlicher“, freiwilliger
3 Arbeit, freiwilliger Arbeit, NGO-Arbeit) als auch die ökologische Natur als
4 unhinterfragte Voraussetzungen aus dem ökonomischen Bereich auslagert.

5 **1.2.2 Vielfalt der Kulturen, Subsidiarität**

6 Kulturelle Vielfalt beruht auf der Tatsache, dass alle Kulturen der Welt eigenständige
7 Wertsysteme besitzen. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung muss diese Eigenständigkeit
8 anerkennen, verstehen und respektieren. Dies setzt internationale Kooperation, Partizipation
9 und zwischenmenschlichen Gedankenaustausch voraus.

10 Menschliche Vielfalt beruht auf der Tatsache, dass die Lebensentwürfe und
11 Lebenserfahrungen der verschiedenen Menscheneigenständige Größen darstellen. Sie können
12 nicht ausschließlich nach dem Kriterium der (monetären) Marktfähigkeit bewertet werden.
13 Denn damit gehen Prozesse der Externalisierung einher, d. h. der Ausblendung, Abwertung
14 und Aneignung „reproduktiver“ Leistungen. Es sind jedoch gerade diese reproduktiven
15 Leistungen, die das Fundament der gesellschaftlichen Grundversorgung stellen: Zu ihnen
16 gehören die unbezahlten, oft von Frauen geleisteten Sorge- und Überlebensarbeiten, die
17 gemeinsam mit der Produktivität der ökologischen Natur die Grundlagen allen ökonomischen
18 Handels bilden.

19 Im herrschenden (neoliberalen) Denken jedoch gelten kulturelle und menschliche Vielfalt
20 nicht als eigenständige Werte. Der Wert der Natur und der kulturellen Vielfalt tauchen in
21 wirtschaftlichen Statistiken nicht auf, nicht auf den institutionalisierten Märkten erbrachte
22 Leistungen werden als nicht wertschaffend angesehen. Menschen werden zu gesichtslosen
23 „Wirtschaftssubjekten“, die Unterschiede, die aus sozialer und kultureller Einbettung
24 erwachsen, werden ausgeblendet. Deshalb ist z. B. die Ablösung des Shareholder Value-
25 Denkens geboten. Es hat zu einer Entmenschlichung des Verhältnisses zwischen Kapital und
26 Arbeit geführt. Topmanager werden nur noch nach Shareholder Value bewertet. Das heißt:
27 Löhne drücken, Anzahl der Mitarbeiter minimieren, Kostenreduzierung um nahezu jeden
28 Preis. Für viele Manager bedeutet es heute Schwäche, wenn sie soziale Verantwortung
29 zeigen. Die Spekulation zu Lasten der Arbeitnehmerschaft muss in der jetzigen Form
30 abgeschafft werden. Unternehmen sind als Systeme zu verstehen, die in ihre lokale natürliche
31 und soziale Umwelt eingebettet sind. Dieser gegenseitigen Abhängigkeit muss durch neue
32 verantwortungsorientierte Managementstile Rechnung getragen werden. Es geht um einen
33 neuen Blick auf das Ganze der Ökonomie, so dass die Verflechtungen der verschiedenen
34 Bereiche und Produktionsformen sichtbar werden. Märkte dürfen nicht Selbstzweck sein,
35 notwendig ist eine politisch-ethische Durchdringung und Steuerung von Märkten. Die
36 Verflechtungen zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren/Handlungsfeldern
37 müssen nicht nur wahrgenommen, sondern auch so gestaltet werden, dass sowohl die eigene
38 menschliche, soziale als auch die kulturelle und ökologische Fähigkeit zur
39 Selbst(re)produktion erhalten bleibt. Herstellen und Wiederherstellen, Versorgung und
40 Entsorgung sind in einer so gedachten (und praktizierten) lebensweltlichen Perspektive immer
41 miteinander verknüpft und offen für gegenseitiges Lernen. Der Erfolg einer Gesellschaft darf
42 daher nicht mehr allein an einem einzigem Indikator, dem Bruttoinlandsprodukt, gemessen
43 werden, sondern eine Vielzahl von vernetzten Politikbereichen müssen gleichberechtigt
44 nebeneinander stehen und ggf. auch auf Kosten der Intensität der statistisch erfassbaren
45 wirtschaftlichen Aktivität (BIP) bevorzugt werden.

46 Für den öffentlichen Raum (Staat) bedeutet dies, Entscheidungen möglichst auf einer unteren
47 Ebene zu treffen, die der allgemeinen Teilnahme der Menschen am ehesten zugänglich sind.
48 Durch eine abgestufte und nicht-zentralistische Vernetzung können die Vorteile der

1 Globalisierung genutzt werden und den Menschen wirkliche Spiel- und Freiräume zur
2 Gestaltung ihrer Lebenswelten eröffnet werden.

3 **1.2.3 Kooperation und Konkurrenz**

4 Die derzeitige Wirtschaftsordnung beruht auf der Konkurrenz. Die Konkurrenz ist produktiv,
5 aber sie darf nicht so weit führen, dass Menschen der Möglichkeit beraubt werden, an
6 wirtschaftlichen und politischen Prozessen teilzunehmen. Sozialdarwinistische Konkurrenz,
7 die zur Verdrängung von Menschen aus der Gesellschaft führt, ist abzulehnen. Eine neue
8 gesellschaftliche Wertschätzung der Kooperation ist dringend geboten. Schon waren
9 Menschen in Zusammenarbeit erfolgreicher als auf sich alleine gestellt. Kein Unternehmen
10 kann alleine durch seinen Vorstandsvorsitzenden existieren. Doch in der neoliberalen
11 Sichtweise wird die Konkurrenz der Kooperation als überlegen erachtet. Einseitig werden
12 Interessen wirtschaftlicher Organisation – Unternehmen – befördert, und diese wiederum mit
13 den Interessen einer kleinen Gruppe – der Kapitaleigner – gleichgesetzt (Shareholder Value,
14 siehe oben).

15 Doch in den 1990er Jahren ist immer stärker offenbar geworden, dass eine solche verkürzte
16 Sichtweise das Zusammenleben der Menschen beschädigt.¹ Die wissenschaftlichen
17 Forschungen der letzten Jahre z. B. zum Thema „Sozialkapital“ belegen dies. Wir treten dafür
18 ein, die Menschen als sozial vernetzt zu begreifen, d. h. Raum für die Bildung von am
19 Kooperationen zu schaffen und zu bewahren. Hierunter fallen die Markt-, die Versorgungs-
20 und die Non-Profit-Organisationen gleichermaßen.² Die Impulse kooperativen Handelns, z. B.
21 der zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerke, sollten verstärkt in die Gestaltung und
22 Institutionen des Zusammenlebens einfließen.

23 **1.3 Leitbild: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

24 Seit dem Aufkommen des Sozialismus im 19. Jahrhundert gilt es als ausgemacht, dass es im
25 Prinzip nur zwei Wirtschaftssysteme gibt:

26 a) Die Marktwirtschaft, die in der Regel zum Kapitalismus entartet: Es gilt das freie Spiel
27 von Angebot und Nachfrage, wobei es als ausgemacht gilt, dass das Anbieten von Kapital
28 genauso als „Faktorleistung“ bewertet und bezahlt wird, wie das Anbieten des Faktors
29 Arbeit.

30 b) Die Alternative: Sozialismus mit planmäßiger Organisation der Wirtschaft.

31 Ein Experiment in Richtung Sozialismus wurde bekanntlich ab 1918 mit vorübergehend
32 großem Erfolg in der Welt durchgeführt: Um 1960 waren fast zwei Drittel der
33 Weltbevölkerung in sogenannten sozialistischen Staaten. Seit 1989 sind diese Versuche
34 massiv im Rückwärtsgang begriffen. Daher meinen viele, dass die Versuche, dem
35 Kapitalismus ans Bein zu pinkeln, als aussichtslos bewiesen sind.

36 Dabei ist de facto ein Fehler passiert: Da die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft im 18.
37 Jahrhundert in kurzer Zeit zum Kapitalismus, also zur Entstehung einer Zwei-Klassen-
38 Gesellschaft aus Kapitalisten und Habenichtsen führte, gilt es bis heute als ausgemacht, dass
39 jede Marktwirtschaft zwangsweise aus diesen zwei Klassen, Kapitaleigentümern und
40 Lohnarbeitern, besteht – auch die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Das beste,
41 was die Arbeiter sich also erhoffen, ist eine Rückkehr zu den himmlischen Verhältnissen der
42 60er Jahre – als ob es damals keine Ausbeutung gegeben hätte.

¹ Vgl. etwa Joseph E. Stiglitz: „The Roaring Nineties – der entzauberte Boom“, Siedler-Verlag, 2004.

² Vgl. Adelheid Biesecker/Stefan Kesting: „Mikroökonomik – eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive“, R. Oldenbourg Verlag, 2003.

1 Was also endlich erkannt werden müsste, ist, dass es einen Unterschied gibt zwischen
2 Marktwirtschaft und Kapitalismus: Wir können eine auf Eigentum an Produktionsmitteln
3 beruhende, freiheitliche Wirtschaft weltweit einführen, in der dennoch das Entstehen einer
4 Klasse von Kapitaleigentümern, die vom Rest der Bevölkerung getrennt ist, vermieden wird.

5 Als regionale Beispiele für solch eine freiheitliche Gesellschaft, in der dennoch die
6 Produktionsmittel den Arbeitern gehören, können Genossenschaftsmodelle wie z.B.
7 „Mondragon“ in Spanien dienen. Es ist aber noch jede Menge Weiterentwicklung der
8 Konzepte notwendig.

9 Attac (Vorschlag von Achim) arbeitet daran, diese Vision der „Marktwirtschaft ohne
10 Kapitalismus“ oder „Klassenlose Marktwirtschaft“ ein wenig realistischer werden zu lassen.
11 Im Sinne von „eine andere Welt ist möglich“.

12 **2. Strategien**

13 **2.1 Position „Globalisierung gerechter gestalten“**

14 Den Vorteilen weltweiter Märkte bei der quantitativen Versorgung stehen qualitative
15 Nachteile (Raubbau an ökologischen Ressourcen, Entfremdung, Peripherie-Regionen)
16 entgegen. Manche dieser Nachteile sind durch veränderte Steuerung begrenzbare. So könnten
17 umweltbezogene Standards die Ausdehnung von Welthandel beschränken, da sie wie eine
18 Erhöhung von Transportkosten wirken würden. Dies ließe Raum für die Entstehung von
19 weltweiten Märkten, wo der technologische Fortschritt sie im Rahmen der ökologischen
20 Ressourcen sinnvoll erscheinen ließe. Solche Standards können nur Mindestniveaus
21 definieren, die dann einen völker-übergreifenden Werte-Konsens darstellen.

22 Orientierungsrahmen dieses Minimalkonsenses sollte die faktische Verwirklichung der
23 allgemeinen Menschenrechte sowie ein allgemeines Prinzip der Nachhaltigkeit sein: Keine
24 Volkswirtschaft bzw. Gemeinschaft hat das Recht, Ressourcen so in Anspruch zu nehmen
25 oder Sozialbeziehungen so zu regulieren, dass unwiderrufliche Schäden für nachfolgende
26 Generationen oder andere Gemeinschaften entstehen. Für den Handelsbereich bedeutet dies,
27 dass keine Form von „Beggar-thy-neighbour“-Politik akzeptiert werden darf. Dieses Prinzip
28 kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die großen Wirtschaftsmächte sich einer
29 Selbstbindung unterwerfen und dazu eine multilateral verankerte Rechtsetzung und
30 Rechtdurchsetzung akzeptieren.

31 **2.2 Position „Entglobalisierung“ – von der Weltmarkt- zur** 32 **Binnenorientierung**

33 Eine nachhaltige Entwicklung (zum Begriff vgl. II.1.1) zielt auf eine je eigenständige
34 Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften durch Binnen- und
35 Regionalorientierung. Eine industrielle Gleichgewichtsökonomie erfordert einen Bruch mit
36 der Doktrin der Globalisierung (sei sie neoliberal oder neokeynesianisch) und eine Wende hin
37 zur Entglobalisierung (Entglobalisierung). Dabei müssen gerade die reichen Industriestaaten
38 Vorreiter sein.

39 Entglobalisierung heißt nicht Autarkiestreben und eine Abkopplung von internationalen
40 Märkten. Internationaler und weltweiter Handel bleibt in vielerlei Hinsicht von Vorteil. Doch
41 die Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik ändern sich
42 grundlegend: Statt die wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklung auf
43 die Bedarfe für den Export, für den Weltmarkt auszurichten, steht im Vordergrund die
44 Produktion für kleinräumigere Märkte: lokale, regionale (auch grenzüberschreitend; vgl.
45 Euregio Aachen), nationale Märkte bis hin zu regionalen Wirtschaftsverbänden. Die
46 Überschaubarkeit dieser Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für die

1 Sicherung ihrer demokratischen Kontrolle und für verantwortliches Handeln der
2 wirtschaftlichen Akteure.

3 Eine Strategie der Entglobalisierung sucht den Weg zwischen den Versuchen, „die
4 Globalisierung gerecht zu gestalten“ und einer Lokalisierungsstrategie. Während die „gerecht
5 Gestalten“-Strategie die Dynamik der Globalisierung stärkt, indem sie sie reformiert,
6 unterliegt die Lokalisierungsstrategie der Gefahr einer Nischenpolitik ohne durchgreifende
7 Wirkung. Es wäre sinnlos und im Einzelnen nicht begründbar, am grünen Tisch die Art und
8 den Grad einer wünschenswerten nationalen und internationalen Arbeitsteilung zu skizzieren.
9 Angemessen ist ein „induktives“ Verfahren: Von der tatsächlichen Weltmarktintegration und
10 den damit gegebenen Problemen auszugehen und Schritte zu einer Regionalisierung, einer
11 Binnenorientierung der Wirtschaft anzugeben.

12 Konkrete Schritte zur Entglobalisierung verbinden die Unterlassung von Maßnahmen, welche
13 die Globalisierung weiter vorantreiben, mit solchen, die aktiv eine Wende zu einer regionalen
14 Orientierung einleiten. Das betrifft sowohl die Neuordnung des Welthandels (III.2) als auch
15 den ökologischen Umbau der Industriestaaten (vgl. III.1.1).

16 **2.3 Position „Lokalisieren statt Globalisieren“**

17 Der Ansatz „Lokalisieren statt Globalisieren“ bedeutet nicht einfach eine geographische
18 Verengung der Wirtschaftsräume. Er impliziert eine andere Perspektive, ein anderes Modell
19 von Wirtschaft und Gesellschaft als das herrschende kapitalistisch-patriarchalische Modell.

20 Diese neue Ökonomie muss zunächst von einem anderen Begriff vom „Guten Leben“
21 ausgehen: Eine neue Perspektive – die Subsistenzperspektive – kann uns von der
22 selbstmörderischen Wachstumslogik des Industriesystems befreien. Der Versuch, von oben
23 her eine neue Weltwirtschaft mit humanem Gesicht zu entwerfen, ist ein Widerspruch in sich
24 und wird unweigerlich in einem neuen Totalitarismus enden. Dieses Ziel kann nur durch eine
25 Strategie der Lokalisierung erreicht werden:

26 • Wirtschaftsräume werden aufgebaut, die ökologische, ökonomische und soziale
27 Grenzen respektieren. Auch unsere Bedürfnisse sind begrenzt.

28 • Statt individuellem Egoismus zählen als wichtigste Triebkräfte der Ökonomie
29 Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung, Solidarität; statt universaler Konkurrenz
30 Kooperation; statt Trennung von Ökonomie und Moral Wiedereinführung einer neuen
31 „Moral Economy“. Eine neue „Moral Economy“ ist nicht moralistisch; sie basiert
32 vielmehr auf der Erkenntnis der notwendigen Grundlagen für das Überleben eines
33 Gemeinwesens.

34 • Lokale Ressourcen, lokales Know-How, lokale Arbeitskraft werden, wo immer
35 möglich, für die lokale Bedürfnisbefriedigung eingesetzt, d. h. für alle Menschen und
36 anderen Wesen in einer bestimmten Region. Statt Unterordnung der Produktion unter
37 den Handel (für den Export) wird nur exportiert, was über die lokalen Bedürfnisse
38 hinaus produziert wird. So kann verhindert werden, dass Kleinbauern und
39 Kleinproduzenten verhungern, während sie Luxusprodukte für die Superreichen in den
40 superreichen Ländern herstellen.

41 • Die meisten politischen und ökonomischen Entscheidungen werden lokal getroffen.
42 Darum muss auch die Macht bei den lokalen Akteuren und den von diesen
43 Entscheidungen Betroffenen liegen und nicht in den Chefetagen multinationaler
44 Konzerne oder bei den globalen Bürokratien der WTO.

- 1 • Lokalisieren basiert – politisch wie wirtschaftlich – auf dem Subsidiaritätsprinzip.
2 Lokale Firmen werden lokal kontrolliert. Investitionen und Kapital bleiben in der
3 Region und schaffen dort neue Arbeitsplätze. Wenn bestimmte Produkte nicht in der
4 eigenen Region hergestellt werden, kann die nächst höhere Einheit (Provinz, Staat,
5 EU) sie beschaffen. Das gleiche gilt für politische Entscheidungen. Lokalisieren
6 bedeutet weder Autarkie noch Provinzialismus, sondern „Self-Reliance“
7 (Selbständigkeit). Ein echter Internationalismus ist erst auf der Grundlage von
8 Gemeinwesen möglich, die selbständig über ihre Ökonomie und Gesellschaft
9 entscheiden.
- 10 • Eine direkte Demokratie ist notwendig, die nicht nur die Menschen, sondern alle
11 Lebewesen umfasst (Lebensdemokratie).

12 Wenn wir von lokaler Ökonomie reden, haben manche die Befürchtung, dass dies die
13 Rückkehr zu vormodernen Herrschaftsformen nach patriarchalischen und feudalen Prinzipien
14 bedeuten könnte. Das beste Gegenmittel gegen solche Befürchtungen ist ein bewusster Kampf
15 von Männern und Frauen gegen patriarchale Verhältnisse. Dieser kann beginnen mit einer
16 Umstrukturierung der hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilung. In einer neuen
17 Ökonomie müssten nicht nur die Frauen die Arbeit machen, die Männer machen, sondern
18 auch die Männer müssten die gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Haus- und
19 Subsistenzarbeit im Haus, in der Umwelt und in der Gemeinschaft machen. Erst wenn die
20 Hälfte der Menschheit diese Arbeit nicht mehr als Last, unwürdig und minderwertig ansieht,
21 wird sich etwas an dem Geschlechterverhältnis ändern.

22 Eine Umstrukturierung der lokalen Ökonomien im Norden wie im Süden im Sinne einer
23 antikapitalistisch-antipatriarchalen Subsistenzperspektive müsste notwendigerweise zu einer
24 Veränderung der globalen Strukturen führen. Mehr oder weniger auf Self-Reliance
25 ausgerichtete Ökoregionen, in denen der Import aus anderen ähnlichen Regionen nur eine
26 ergänzende Funktion hat, nicht aber die Grundversorgung sichert, werden zu einer
27 Schrumpfung des Welthandels führen, sie werden die Ressourcenverschwendung, den
28 Transport, den Verpackungsmüll, den Einsatz von Chemie in Landwirtschaft und Industrie
29 drastisch reduzieren. Monokulturen aller Art werden sich nicht mehr lohnen, genau so wenig
30 wie eine bloße Exportorientierung einer Wirtschaft. Deutschland z. B. wird aufhören müssen,
31 sich bloß als „Industriestandort“ zu verstehen. Was vom Welthandel dann noch übrig bleibt,
32 muss nach den Prinzipien des fairen Handels organisiert sein; das bedeutet, dass es
33 sogenannte Billiglohnländer nicht mehr geben wird.

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht

Eine dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik hat als Zielmarke die Reduzierung des Umweltverbrauchs um 80-90 % gegenüber heute. Die Rechte der Gemeinschaften auf ihre Ressourcen könnten in einer internationalen und durchsetzbaren Konvention verankert werden. Die verstreuten internationalen Verantwortlichkeiten für Umweltfragen sollten in einer Weltumweltorganisation gebündelt werden. Analog zur Internationalen Atomenergiebehörde könnte eine „Internationale Behörde für Erneuerbare Energien“ eingerichtet werden, um deren Verbreitung zu fördern.

Handel braucht internationale Regeln und Institutionen. Neue internationale Handelsregeln müssen vor ihrer Verabschiedung eingehend auf potentielle ökologische und soziale Folgen überprüft werden. Das Verursacherprinzip ist durchzusetzen, d. h. effektive Haftungssysteme und Schadensausgleich. Multilaterale Umweltabkommen müssen über das Handelsregelwerk gestellt werden. Zudem müssen sie mit einem ebenso starken Durchsetzungsmechanismus wie dem der WTO versehen werden. Zudem muss der Handlungsspielraum der Staaten, Umweltgesetze zu erlassen, gegenüber der WTO wieder gestärkt werden.

Der Zwang der Entwicklungsländer, ihre Naturreichtümer zu verschleudern, muss aufgehoben werden. Dazu müssen ihre Schulden erlassen, die Strukturanpassungsprogramme des IWF beseitigt und die entfesselten Finanzmärkte re-reguliert werden. Die Subsistenzrechte lokaler und indigener Gemeinschaften haben Vorrang vor externer Nutzung. Dieses Vorrecht betrifft insbesondere die von diesen Gemeinschaften genutzte und gepflegte biologische Vielfalt. Die Patentierung genetischen Materials muss gestoppt werden.

1.1 Der ökologische Umbau

Position Globalisierung gerechter gestalten: Die WTO muss sich dem Leitbild einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung anpassen oder durch eine geeignetere Organisation abgelöst werden.

Position Entglobalisierung: Schritte zur Entglobalisierung (vgl. II.2.1) sind sowohl die Unterlassung von Maßnahmen, welche die Globalisierung weiter vorantreiben, als auch Aktivitäten, die eine Wende zu einer regionalen Orientierung einleiten. Auch die Erhebung von Nutzungsgebühren für globale Gemeinschaftsgüter wie der atmosphärischen Absorptionskapazität für Schadstoffe oder der ozeanischen Schifffahrtswege sollte diskutiert werden.

An **passiven Maßnahmen** (der Unterlassung) sind besonders wichtig:

- Jegliche umweltschädliche Subventionen werden eingestellt. Das ist notwendig, um besonders umweltbelastende Wirtschaftssektoren durch ökologisch verträgliche Sektoren weitgehend zu ersetzen.
- Eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Zinspolitik wird abgelöst durch eine selektive Wachstums- und Schrumpfungspolitik, die insgesamt auf einen Gleichgewichtspfad³ ohne Zwang zum Wirtschaftswachstum einschwenkt.
- Von einer Orientierung der EU, die sie zum wettbewerbsfähigsten und „dynamischsten“ Wirtschaftsraum der Welt machen will (Erklärung von Lissabon,

³ Vgl. Position „Abschied vom Wachstum“ in II.2.1.

1 2000), wird Abstand genommen. Vorrang vor weiterer Liberalisierung der Märkte
2 müssen Vereinbarungen für ökologische und soziale Standards haben.

3 An **aktiven Maßnahmen** stehen im Vordergrund:

- 4 • Eine umfassende ökologische Steuerreform ist durchzuführen, die konsequent das
5 Verursacher- und Vorsorgeprinzip anwendet. Ein wichtiger Baustein sind die
6 Transportpreise für Flug- und Schiffsverkehr.
- 7 • Eine Verkehrswende ist ein wichtiger Schritt zu einer umweltgerechten Gestaltung der
8 Ökonomie, vor allem auch durch starke Regionalisierung. Das verlangt unter anderem
9 das Umsteuern der angebotsorientierten zu einer nachfragesteuernden Verkehrspolitik
10 mit den Zielen der Verkehrseinsparung, -verlagerung auf umweltfreundlichere Träger
11 und -optimierung.
- 12 • Auch die neue Energieinfrastruktur sollte dezentral organisiert sein. Fossile und
13 nukleare Energieträger müssen durch Energieeinsparung und erneuerbare Energien
14 abgelöst werden. Diese sind langfristig das Fundament einer ökologischen und
15 friedlichen Weltwirtschaftsordnung. Auf dem Wege dahin bedarf es auch einer radikal
16 erhöhten technischen Energieeffizienz.
- 17 • Notwendig sind der Aufbau einer Rezyklierungswirtschaft und der Übergang zu
18 langlebigen und leicht zu reparierenden Produkten, auch zur Reduktion von
19 Rohstoffimporten.

20 Solche Veränderungen erfordern natürlich einen tiefgreifenden Wandel auch in der
21 Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen, deren
22 Finanzierung bislang auf permanentem Wachstum beruht. Von entscheidender Bedeutung,
23 um den Wandel möglich, akzeptabel und nicht nur „sozialverträglich“, sondern
24 gemeinwohlfördernd zu gestalten, wird es sein, eine gerechte Verteilung des
25 Volkseinkommens zu erzielen und den Trend zur sozialen Schere umzukehren.
26 Arbeitszeitverkürzungen sowie die verstärkte Einbeziehung höherer Einkommen und
27 Vermögen in die Finanzierung der sozialen Sicherung sind hier zu nennen. Anstelle
28 menschlicher Arbeit muss der Naturverbrauch besteuert werden, um soziale Leistungen zu
29 finanzieren.

30 **Position Lokalisierung:** Die in II.2.3 genannten Prinzipien der Subsidiarität und Self-
31 Reliance lassen sich nur in kleineren Wirtschaftsräumen durchsetzen und überprüfen. Eine
32 dahingehende Umstrukturierung der Wirtschaft verlangt andere Prioritäten als in der
33 gegenwärtigen Weltwirtschaft, z. B.:

- 34 • Landwirtschaft vor Industrie: Da die Nahrung immer noch aus der Erde kommt und
35 lokal und regional erzeugt werden soll, kann Landwirtschaft nicht dem Industrie-
36 Modell heutiger Prägung folgen. Dieses ist auf die Bedienung des Weltmarktes
37 ausgerichtet. Die Kleinbauern müssen gestärkt werden. Sehr viel mehr Menschen als
38 heute können Arbeit in der Landwirtschaft finden.
- 39 • Produzenten-Konsumenten-Vereinigungen können Kleinproduzenten ein
40 regelmäßiges Einkommen und den Konsumenten gesunde Nahrung und andere
41 Produkte sichern. Sie können vor allem wieder so etwas wie Verantwortung für die
42 Erde bei beiden – Produzenten und Verbrauchern – herstellen.
- 43 • Abschaffung von Agrarsubventionen, die das Agrobusiness ermutigen und die
44 Kleinbauern liquidieren, die für lokale Märkte produzieren. Förderung der Umstellung

1 auf ökologischen Landbau. Förderung der Forschung über alte, nachhaltige
2 Anbaumethoden, sowohl in Ländern des Südens als auch des Nordens.

3 **2. Neuordnung des Welthandels**

4 **2.1 Mechanismen der Welthandelsordnung**

5 Das Dach der Welthandelsordnung kann nur die UN sein. Innerhalb der UN sollten die
6 verschiedenen Aufgabenbereiche jeweils eigenen Organisationen zugeordnet bleiben, etwa
7 Arbeitsstandards der ILO, Umweltpolitik der UNEP, Entwicklungspolitik der UNDP. Es ist
8 falsch, diese Aufgaben in die WTO zu ziehen, wie es in vielen Bereichen geschehen ist. Dies
9 muss rückgängig gemacht und die WTO auf Fragen des Handels beschränkt werden. Das
10 heißt insbesondere: Bedingungsloser Verzicht auf die „Singapur Issues“ (Wettbewerb,
11 öffentliche Beschaffung, Investitionen, technische Handelsfragen). Soweit in Zukunft globale
12 Vereinbarungen über Investitions- oder Wettbewerbsfragen für wünschenswert gehalten
13 werden, könnte die UNCTAD oder die UNIDO das geeignete Forum dafür sein.⁴ Jedoch muss
14 klar und eindeutig gelten:

- 15 • Es gibt eine Hierarchie der Aufgaben, in der das Welthandelsregime dem Umwelt-
16 und dem Entwicklungsregime untergeordnet ist. D. h. insbesondere, dass die
17 Rechtsprechung des WTO-Schiedsverfahrens dem UN-Recht entsprechen muss,
18 insbesondere ist eine Abkehr von der nationalen Sanktionsverhängung (Strafzölle)
19 anzustreben. Langfristiges Ziel ist eine einheitliche internationale, unabhängige
20 Judikative.
- 21 • Vereinbarungen über Wettbewerb oder Investitionen müssen demokratisch transparent
22 ausgehandelt werden. Dazu gehört, dass sie nicht unumkehrbar sein dürfen, vielmehr
23 ist eine realistische Austrittsklausel vorzusehen.
- 24 • Regeln und Maßnahmen zum Umwelt- und Ressourcenschutz und zum Schutz des
25 Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren, und Pflanzen dürfen nicht durch
26 internationale Handelsabkommen außer Kraft gesetzt werden.

27 **Position „Globalisierung gerechter gestalten“:** Eine auf Handelsfragen konzentrierte
28 WTO muss in die UN integriert sein. Prinzipien sind zu vereinbaren, die eine dauerhafte
29 Rolle regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe ermöglichen. D. h. insbesondere, dass
30 die Staaten ihre Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge frei festlegen, ohne durch
31 WTO-Prinzipien wie z. B. die Inländerbehandlung eingeschränkt zu werden. Die Großen
32 müssen glaubhaft machen, dass sie sich dem multilateralen System unterordnen und dies
33 dauerhaft zur zentralen Instanz weiterentwickelt werden soll. Die Grundlage globaler
34 Abkommen muss Fairness und gegenseitiger Respekt sein. Daher sind Verfahrensregeln zu
35 vereinbaren, die allen Beteiligten ausreichend Zeit und Möglichkeit geben, sich in den
36 Verhandlungsprozess einzubringen. In allen Ländern sollte auf demokratische Teilhabe an
37 diesen Prozessen (z. B. der Zivilgesellschaft, der Tarifpartner, etc.) gedrungen und dafür
38 unterstützende Mittel bereitgestellt werden.

39 **Position Entglobalisierung:** Aus ökologischen und sozialen Gesichtspunkten wäre eine
40 weitgehende Dezentralisierung der Produktion sinnvoll. Wirtschaftskreisläufe sollten
41 regional sein und der Binnenhandel eine eindeutige Priorität vor dem Außenhandel
42 genießen. Die derzeitige WTO-Ordnung sichert durch die Prinzipien Gegenseitigkeit und

⁴ ILO: Internationale Arbeitsorganisation; UNEP: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (VN); UNDP: Entwicklungsprogramm der VN; UNCTAD: VN-Komitee für Handel und Entwicklung; UNIDO: VN-Organisation für industrielle Entwicklung.

1 Inländerbehandlung einen Anspruch auf Marktzugang für ausländische Anbieter. Wir
2 lehnen allgemeine Abkommen dieser Art ab. Weltwirtschaftsbeziehungen bedürfen keiner
3 eigenen Administration und Regelwerke, es reicht völlig, sie ggf. durch Einzelfall-
4 Regelungen zu ermöglichen.

5 Ziel einer Neuordnung der Weltwirtschaftsinstitutionen müsste daher eine radikale
6 Beschränkung der Macht von IWF, Weltbank und WTO sein, weder ihre pure Reform
7 noch ihre Abschaffung, und die Schaffung eines pluralistischen Systems von
8 internationalen und regionalen Institutionen und Organisationen. Das Leitbild dieser
9 Neuordnung wäre ein nachhaltiger Internationalismus, der die Verschiedenheit von
10 nationalen und regionalen Entwicklungen anerkennt und schützt.

11 2.2 Neuordnung des Warenhandels

12 Das bis 1995 geltende GATT-Abkommen stellte eine tragbare, entwicklungsfähige Grundlage
13 für den internationalen Warenhandel dar. Es bot ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis
14 von Liberalisierungsinstrumenten und Beschränkungsmechanismen, so dass jede Regierung –
15 ihrer Verantwortung gemäß – den jeweiligen „Mix“ wählen konnte.

16 **Position „Globalisierung gerechter gestalten“:** Ergänzt werden sollte der Warenhandel
17 um Mechanismen, die einen Ausgleich für eine Verschlechterung von „terms of trade“
18 aufgrund von Nachfragerückgängen nach Rohstoffen, die aus technischem Fortschritt in
19 den Industrieländern resultieren. Ein solcher Mechanismus muss sich einfügen in ein
20 Entwicklungsprogramm, das die Abhängigkeitskosten der internationalen Arbeitsteilung
21 gerecht aufteilt. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass diese Kosten einseitig den
22 rohstoffproduzierenden Ländern des Südens aufgebürdet werden.

23 Jedes grenzüberschreitende Unternehmen soll zu einer „Sozialbuchhaltung“ verpflichtet
24 werden, aus der seine Beiträge zur menschlichen Entwicklung hervorgehen.⁵

25 **Position Entglobalisierung:** Zur Politik des ökologischen Umbaus gehört eine
26 Verringerung der Mengenströme von Ex- und Importen. Ein Wirtschaftsmodell, das
27 Naturverbrauch bezahlen lässt, wird eher kleinformatige Produktionsweisen mit einem
28 höheren Anteil an menschlicher Arbeit befördern. Maßnahmen der Exportförderung
29 müssen eingestellt werden (z. B. Subventionen, Hermesbürgschaften, Steuerbefreiung des
30 Flugverkehrs, bestimmte Maßnahmen der Forschungs- und Technologieförderung, z. B. im
31 Bereich der Gentechnologie, Metrorapid). Das Projekt weiterer Deregulierung der
32 Weltmärkte muss aufgegeben werden, wozu ein Moratorium für die gegenwärtige
33 Welthandelsrunde nur ein Einstieg wäre.

34 2.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs

35 Wir fordern einen sofortigen Stopp der Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Von der EU
36 und der Bundesregierung verlangen wir, sofort alle bereits eingeleiteten Verhandlungsschritte
37 und die damit verfolgten Zielsetzungen offen zu legen. Soweit internationaler
38 Dienstleistungshandel vereinbart wird, sollte er folgenden Bedingungen genügen:

- 39 • Die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch die Betroffenen nach den
40 Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität ist zu gewährleisten, d. h. Entscheidungen
41 müssen durch die Bürgerinnen und Bürger so lokal wie möglich getroffen.
- 42 • Jede Gemeinschaft muss autonom und immer wieder neu entscheiden können, wie sie
43 ihre öffentlichen Dienste (Bildung, Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung,

⁵ Johan Galtung hat diesen Vorschlag auf der Attac-Demonstration in Köln 2002 vorgetragen. Vgl. z. B. sein Buch „Die andere Globalisierung“, 1998, Münster.

1 Verkehr, etc.) organisieren will, und darf nicht zur Beteiligung transnationaler
2 Konzerne gezwungen werden.

- 3 • Wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitisch motivierte
4 Regulierungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene müssen
5 erhalten bleiben.

6 **2.4 Weltagrarmarkt**

7 *[Die hier dargelegten Positionen sind umstritten. Das Attac-Agrarnetz wird sie im Mai 2004*
8 *diskutieren und einen eigenen Textvorschlag vorlegen.]*

9 Ernährungssicherheit und Nahrungssicherheit gehen vor! Landwirtschaftliche Erzeugnisse
10 sind nicht in erster Linie Handelsgüter, es sind Lebens-Mittel und Elemente der Kulturen, in
11 denen sie erzeugt werden. Internationaler Handel mit Agrarprodukten sollte den Ländern
12 möglich sein, die das wünschen. Diese Entscheidung sollte jedoch demokratisch getroffen
13 und reversibel sein. Allen Ländern, die nicht oder nur eingeschränkt an diesem Handel
14 teilhaben wollen, muss das ermöglicht werden. Unabhängig davon sind alle Länder bzw.
15 Regionen dabei zu unterstützen, ihre Ernährungs- und Nahrungssicherheit herzustellen.

16 Soweit internationaler Agrarhandel für wünschenswert erachtet wird, muss gelten:

- 17 • Sofortiger Abbau aller Formen von Exportsubventionen bei gleichzeitiger
18 Umwidmung der derzeitigen Subventionsgelder in ein Förderprogramm zum Aufbau
19 leistungsfähiger Agrarproduktion in den Entwicklungsländern.
- 20 • Festschreibung von Mechanismen zur defensiven außenwirtschaftlichen Absicherung
21 schwacher Regionen, um einen chancenreichen Markteintritt erst einmal zu
22 ermöglichen. Ausgleichszölle können dann sinnvoll sein, wenn in einzelnen Ländern
23 externe Kosten der Produktion in die Preise einbezogen werden (z. B. durch
24 Ökosteuern auf fossile und nukleare Energieträger); dann dienen Ausgleichszölle nicht
25 dem Schutz einer ineffizienten heimischen Wirtschaft, sondern dem Schutz einer
26 nationalen oder regionalen Politik, die nationale und globale öffentliche Güter schützt.
27 Dasselbe gilt auch gegenüber den Exportwirkungen der internen Stützung in
28 Industrieländern.
- 29 • *[Diese Position ist bei Attac umstritten; Anm. d. Red.]* Einseitiger Marktzugang für
30 Entwicklungsländer zu den Agrarmärkten der Industrieländer. Jedoch ist zu
31 verhindern, dass einseitige Abhängigkeit vom Weltmarkt (Entwicklung von
32 Monokulturen, Verschlechterung der terms of trade) entsteht bzw. sich verfestigt.
- 33 • Im Bereich des Saatguts treten wir für Stärkung der Recht der Landwirte (Farmer's
34 Rights) ein. Landwirte sind nicht und sollen nicht zu „Franchisenehmern“ der
35 Agrarindustrie degradiert werden. Wir wollen eine entschiedene Bekämpfung von
36 Bio-Piraterie, der Verbindung von geistigen Eigentumsrechten (Patente auf Saatgut)
37 und genetischer Manipulation von Pflanzen.

38 **2.5 Geistiges Eigentum/Technologietransfer**

39 Wir treten für die Vision einer Wissensallmende ein.⁶ Das meint einen gesicherten Bestand
40 allgemein zugänglicher „Wissensgüter“ als globalen öffentlichen Raum, in dem zum Wohle

⁶ Die Allmende war die öffentliche Dorfweide, auf der jede Familie des Dorfes ihr Vieh weiden lassen konnte. Dies konnte zu einer Überweidung oder gar Zerstörung der Allmende führen, wenn jeder möglichst viel Vieh auf diese Weide trieb (sog. „tragedy of the commons“). Daraus leitet der Neoliberalismus die Forderung nach

1 aller ausgetauscht und verknüpft werden kann, was der Einzelne an Wissen schafft Wissen hat
2 zwei besondere Eigenschaften: Es wird durch Teilung nicht weniger, d. h. das Lesen
3 derselben Internetseite, das Hören derselben Musik, das Verwenden desselben Rezeptes usw.
4 ist davon unberührt, ob eine, zwei oder sehr viele Personen davon Gebrauch machen. Und
5 Wissen ist komplementär, d. h. es kann umso einfacher neues Wissen
6 aufgenommen/geschaffen werden, je umfangreicher der bereits erworbene Wissensstand ist.⁷

7 Wir lehnen die künstliche Beschränkung dieser Eigenschaften ab. Deshalb muss das TRIPS
8 (WTO-Abkommen über geistiges Eigentum) abgeschafft werden. Unter dem Deckmantel
9 „geistiges Eigentum“ sollen die Entwicklungschancen der Länder des Südens dauerhaft
10 beschnitten und jeder Wissenstransfer blockiert werden. Zugleich wird Tür und Tor für die
11 weitere Nutzung der „grünen“ Gentechnik geöffnet mit der Patentmöglichkeit auf
12 Gensequenzen. Wir wollen keine Patentierung von Gensequenzen, kein Patent auf Leben!

13 Angleichungen von geistigem Eigentumsschutz, z. B. Patentrechte, können nur zwischen
14 gleichartig strukturierten Volkswirtschaften angestrebt werden und sollten nicht Teil der
15 multilateralen Wirtschaftsordnung sein.

16 **3. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen**

17 **3.1 Finanzbeziehungen**

18 **3.1.1 Entschuldung**

19 Wir treten ein für ein neues Verfahren der Bewältigung von untragbaren Auslandsschulden.
20 Zu diesem gehören eine unparteiische Entscheidungsfindung, ein Anhörungsrecht für alle
21 Betroffenen und die Sicherstellung eines Existenzminimums für Staaten vor dem Zugriff der
22 Gläubiger (Insolvenzrecht für Staaten).⁸ Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu
23 ergreifen:

- 24 • Ausweitung der durch die HIPC-Initiative nur unzureichend gewährleisteten
25 Entschuldung der ärmsten Länder auf ein wirklich tragfähiges Maß.
26 Orientierungsgröße bleibt dabei die Entschuldung Deutschlands im Jahr 1953 auf eine
27 Schuldendienstquote von weniger als 5 % der jährlichen Exporteinnahmen.
- 28 • Reform der Konditionierung von Schuldenerlassen im Sinne einer umfassenden
29 Abkehr vom traditionellen Konzept des „Washingtoner Konsens“. Stärkung der
30 Möglichkeiten der Betroffenen in den verschuldeten Ländern, wirtschaftliche
31 Reformprogramme selbst zu entwickeln und die Verwendung der durch Entschuldung
32 frei werdenden Mittel zu kontrollieren.
- 33 • Ausweitung des Kreises der Länder, die Zugang zu Entschuldung haben über den
34 willkürlich definierten Kreis der Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC) hinaus.
- 35 • Ersetzung der bisherigen, allein von den Gläubigern dominierten
36 Entschuldungsverfahren im Pariser Club, Londoner Club und den Internationalen
37 Finanzinstitutionen durch ein Faires und Transparentes Schiedsverfahren.

Privateigentum ab. Ein anderer Blickwinkel zeigt jedoch: Allmenden werden dann erfolgreich bewirtschaftet, wenn es dafür **gemeinsame** Regeln gibt. Ob das Eigentum privat oder kollektiv ist, spielt dabei gar keine Rolle.

⁷ Vgl. beispielsweise Oliver Schmidt: Das Ende der Politik? – Die Globalisierung, das Wissen und die öffentliche Aufgabe, in: Ders. (Hrsg.): Die neuen Kommandohöhen – Untersuchungen über Globalisierung und Politik, Berlin, 2003.

⁸ Weitergehende Informationen etwa in den Schuldenreporten von WEED oder unter <http://www.erlassjahr.de>.

- 1 • Berücksichtigung der Legitimität bzw. Illegitimität von Gläubigeransprüchen im
2 Internationalen Schuldenmanagement auf der Grundlage der Doktrin der
3 „Verabscheuungswürdigen Schulden“ (Odious Debts); Streichung von Forderungen,
4 welche in einem fairen und transparenten Verfahren als illegitim identifiziert wurden.

5 **3.1.2 Entwicklungsfinanzierung**

6 Die weltweite – oder zunächst auch: europaweite – Einführung einer Tobin-Steuer könnte ein
7 erhebliches Finanzvolumen realisieren (das „Spahn-Gutachten“ nennt z. B. eine Summe von
8 17 Mrd. € siehe 3.3.1), dass für die Finanzierung von Menschlicher
9 Entwicklung/Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens eingesetzt werden soll.

10 Der seit langem beschlossene Anteil von 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe muss endlich
11 politische Praxis werden. Seit Beschluss dieser Quote haben die Industrienationen ihren
12 Entwicklungshilfeansatz fortwährend nach unten bewegt, auf z. Z. ca. 0,23 %.

13 **Position „Globalisierung gerechter gestalten“:** Derzeit befinden sich viele
14 Entwicklungsländer in der paradoxen Situation, soziale und ökologische Standards nicht
15 umzusetzen, obwohl diese die Lebenssituation ihrer Menschen verbessern würden. Die
16 Nicht-Umsetzung ist aber ihr einziger Vorteil im Konkurrenzkampf des Weltmarktes. Um
17 die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards in Entwicklungsländern möglich zu
18 machen, ist diesen eine Ko-Finanzierung anzubieten, nach dem Vorbild des gleichnamigen
19 EU-Instrumentes.

20 Als politisches Signal können Initiativen wie die „Global Marshall Plan-Initiative“ gelten.
21 Diese setzt sich für die Realisierung von Entwicklungshilfe, Ko-Finanzierung und Tobin-
22 Steuer ein. Weiterhin wird beispielsweise eine Welthandelsabgabe, die „Terra-Tax“,
23 genannt.⁹

24 **Position Entglobalisierung:** Die Global Marshall Plan-Initiative ist ein Versuch aus
25 Wirtschaft, Politik und Nicht-Regierungsorganisationen, im Namen der Nord-Süd-
26 Solidarität den globalen Machtanspruch der EU politisch und ökonomisch zu unterstützen.
27 Ausdrücklich soll die Entwicklungsfinanzierung einen weltweiten Wachstumsschub
28 auslösen, auch zum Nutzen der europäischen Exportländer. Es charakterisiert diese
29 Initiative, für diesen Zweck ein Beratungsgremium bei der Europäischen Kommission
30 einrichten zu wollen, mit dem Koordinator der EU-Interventionspolitik, Herrn S. Solana,
31 für ihr Konzept zu werben und die NRO in dieses Projekt einbinden zu wollen.

32 Eine Entwicklungsstrategie, die in erster Linie auf eine eigenständige Entwicklung des
33 Südens setzt statt auf europäisch-imperiale Machtansprüche, sollte sich an der Devise
34 orientieren: „Weniger nehmen (im Sinne von ausbeuten) ist besser als mehr geben“.

35 **3.2 Kapitalmarktordnung**

36 Das Recht auf souveräne Steuerung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs darf durch die
37 Liberalisierung von Finanzdienstleistungen nicht eingeschränkt werden. Kein Land darf von
38 IWF/Weltbank – oder demnächst: der WTO (!) – zur Kapitalmarktliberalisierung gezwungen
39 werden. Die Staaten müssen jederzeit das Recht ausüben können, sich vor unerwünschten
40 Kapitalbewegungen zu schützen.

41 **Position „Globalisierung gerechter gestalten“:** Ein reformierter IWF muss die
42 Unterstützung der Liberalisierung von Kapitalmärkten aufgeben. Statt dessen soll die in
43 der IWF-Satzung stehende Formulierung, „solche Kontrollen auszuüben, die notwendig

⁹ Vgl. Susan George: <http://www.tni.org/archives/george/clusters.htm>.

1 sind, um internationale Kapitalbewegungen zu regulieren“ (Art. IV, Abs. 3), zu einer
2 zentralen Aufgabe werden.

3 3.3 Währungsordnung

4 3.3.1 „Spekulation“ und Tobin-Steuer

5 Attac fordert die weltweite Einführung der als „Tobin-Steuer“ bekannten
6 Devisenumsatzsteuer.¹⁰ Als Einzelinstrumente sind die „Tobin-Steuer“ oder die „Spahn-
7 Steuer“¹¹ selbstverständlich unzureichend, die Probleme auf den internationalen Finanzmärkte
8 zu lösen. Finanzkrisen oder gar die neoliberale Globalisierung lassen sich mit einer
9 Devisenumsatzsteuer alleine nicht aufhalten. Wir betrachten die „Tobin-Steuer“ vielmehr nur
10 als einen Einstieg in die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte.

11 **Position 1:** Die hohen Umsätze auf den Finanzmärkten werden häufig mit dem Begriff der
12 Spekulation in Verbindung gebracht. Attac betrachtet Spekulation mit Währungen nicht als
13 „böswillige“ oder „raffgierige“ Handlungen von Kapitalbesitzern, sondern vielmehr als
14 eine im Kapitalismus unter den heutigen Bedingungen logischerweise anzutreffende Form
15 von Kapitaleinsatz zur Profitmaximierung. Ein großer Teil der Finanzmarkttransaktionen
16 ist zwar von sehr kurzer Anlagedauer (oft nur Minuten), letztlich ist aber jede
17 wirtschaftliche Aktivität, die dabei notwendigerweise von einer bestimmte Entwicklung in
18 der Zukunft ausgeht, genauso unsicher wie die Zukunft und somit spekulativ. Eine klare
19 Trennung zwischen Spekulation und Nicht-Spekulation ist daher nicht möglich.

20 **Position 2:** Gewiss müssen wir bei den täglich gehandelten hohen Geldbeträgen
21 berücksichtigen, dass viele sog. „Banksicherungsgeschäfte“ getätigt werden, doch wenn
22 wir diese Beträge abziehen, bleiben trotzdem astronomisch hohe Beträge übrig, die man als
23 spekulative Geldbeträge bezeichnen darf – Beträge, die allein das Ziel haben, aus Geld
24 noch mehr Geld zu machen. Dies ist ein zentraler Beweggrund des neoliberalen Projektes.

25 Angesichts der Tatsache, dass nicht Geld, sondern Menschen arbeiten, ist ein Ziel von
26 Attac, alle Instrumente zu verwirklichen, die Kapital/Geld zu Investitionen machen. D. h.
27 es muss alles unternommen werden, die Renditeerwartung von spekulativen Geschäften so
28 zu schwächen, dass der Mut zu unternehmerischem Risiko von kleinen und
29 mittelständischen Unternehmen wieder zu einer tragenden Kraft des Wirtschaftslebens
30 werden kann. Mit der schwindenden Renditeerwartung aus spekulativen Geschäften
31 entfällt auch der erpresserische Hebel, den viele Unternehmen – i. d. R. TNK – gegenüber
32 staatlichen Institutionen einsetzen.

33 3.3.2 Leitwährung und Wechselkurspolitik

34 **Position 1:** Wir treten für die Einführung von Wechselkurszielzonen zwischen den drei
35 Hauptwährungen (Euro, Dollar, Yen) ein, die in der Verantwortung einer internationalen
36 Organisation, z. B. eines IWF-Nachfolgers, geführt werden sollten.

37 **Position 2 (Minderheitsmeinung in der AG AWWO):**¹² Das sog. Über- bzw.
38 Unterschießen der Wechselkurse ist eines der schwerwiegendsten Probleme. Es wurde
39 durch die Liberalisierung der Finanzmärkte verursacht, die praktisch unkontrollierte
40 Währungstransaktionen und andere internationale Kurzfrist-Finanzgeschäfte ermöglicht.
41 Eine Re-Regulierung kurzfristiger Finanzströme mit dem Ziel ihrer Eindämmung und
42 Kontrolle ist deshalb dringend geboten. Hierin ist der wichtigste Hebel gegen die
43 Währungsspekulation zu sehen. Eine Abschaffung freier Wechselkurse könnte zwar

¹⁰ Weiterführende Texte zur Tobin-Steuer unter <http://www.attac.de/archiv/index.php#tobin>.

¹¹ Vgl. <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/Tobinsteuer.pdf>.

¹² Vgl. dazu Joseph Stiglitz: „Die Schatten der Globalisierung“, Kapitel „Asienkrise“, 2002, Berlin.

1 theoretisch zur Lösung des Problems beitragen. Es gibt jedoch bisher keine praktische
2 Lösung, wie Wechselkurse angemessen politisch festgelegt werden können. Es darf nicht
3 verkannt werden, dass falsche Wechselkurspolitik eine der Ursachen von Finanzkrisen ist.
4 So finanzierte der IWF oft fixierte Wechselkurse, was den Banken/Kapitaleignern „das
5 Fluchttor aufhielt“, um die Menschen dieser Länder anschließend einer um so schlimmeren
6 Währungskrise zu überlassen (sog. „Bail-Out“). Festlegungen von Wechselkursen sind
7 immer mit erheblichen Risiken verbunden; sie tragen oft zur Entstehung des Problems bei,
8 das sie lösen sollen.

9 Für die Zukunft der internationalen Finanzmärkte müssen folgende Schlüsse gezogen werden:

- 10 • Eine zukünftige Leitwährung darf nicht zugleich nationale Währung sein. Diese
11 Währung müsste so konzipiert werden, dass sie nicht nur Verrechnungseinheit bleibt,
12 sondern auch auf den Ausgleich internationaler Leistungsbilanzen¹³ und mehr
13 Gerechtigkeit im internationalen Handel hinwirken würde. Z. Z. wird die Aufgabe des
14 Zahlungsbilanzausgleichs einseitig den Schuldnerländern aufgebürdet. Eine Währung
15 mit Demurrage (siehe nächster Punkt) wäre ein Mechanismus, der auch die
16 Gläubigerländer in die Verantwortung nimmt.¹⁴
- 17 • Es bedarf einer demokratischen globalen Institution, die für diese eigenständige
18 Leitwährung eine Geldpolitik verfolgt, die an Wachstum und Beschäftigung, v.a. in
19 Entwicklungsländern, orientiert ist und im Fall von Finanzkrisen internationale
20 Liquidität zur Verfügung stellen kann. Eine solche „Clearing-Bank“ müsste für jedes
21 Land ein Konto führen, das bis zu einem bestimmten Anteil seines
22 Außenhandelsvolumens überzogen werden darf. Wird diese Grenze überschritten,
23 fallen progressiv steigende Zinsen an, sowie bei festen Wechselkursen eine
24 Abwertung der Währung. Ebenso wird Ländern, die über ein bestimmtes Volumen
25 hinaus Guthaben ansammeln, ein Zins abgezogen (es gibt also einen Negativzins auf
26 die Guthaben) – das ist die sog. „Demurrage“ –, bei festen Wechselkursen erfolgt eine
27 Aufwertung der Währung. Durch Demurrage kann eine Währung nicht als
28 „Vermögensspeicher“ verwendet werden, es bestehen beständige Handelsanreize für
29 alle Beteiligten.
- 30 • Gleichzeitig sollten internationale Kredite, wenn überhaupt, nur noch zu festen oder
31 mindestens mittelfristig kalkulierbaren Zinssätzen vergeben werden.

32 Eine Abkehr von monetaristischen nationalen Geldpolitiken ist eine wichtige Bedingung für
33 Entwicklung.

34 **3.4 Internationale Organisationen und Institutionen**

35 Je nach der Einschätzung der Reformierbarkeit werden innerhalb Attac die Abschaffung oder
36 eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank gefordert. Maßstab ist dabei die
37 Überwindung des neoliberalen Leitbildes. Einigkeit besteht darüber, dass

- 38 • die ordnungspolitische Beeinflussung von Entwicklungsländern durch internationale
39 (Finanz-)Organisationen abgestellt werden muss;
- 40 • eine internationale, öffentliche Entwicklungsbank erstrebenswert ist, die als Finanzier
41 auftritt für Projekte und Programme, die vor Ort entwickelt werden;

¹³ Die Leistungsbilanz führt die Exporte und Importe von Waren/Dienstleistungen, grenzüberschreitenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen/-übertragungen, sowie Entwicklungshilfe und Beiträge für internationale Organisationen.

¹⁴ Vgl. beispielhaft den Beitrag von Stefan Brunnhuber/Harald Klimenta (2003), <http://www.attac.de/awwo>.

- 1 • eine internationale Organisation zur Unterstützung einer makroökonomischen
2 Steuerung (z. B. bei Zahlungsbilanzproblemen) sinnvoll sein kann, die plurale
3 Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte fördert, welche in partizipativen Verfahren
4 entwickelt werden.

5 **Position Entglobalisierung/Lokalisierung:** Eine Strategie der Entmachtung oder
6 Abschaffung von IWF/Weltbank zugunsten regionaler Regulierung und Kontrolle der
7 Finanzmärkte wird verfolgt. Grundlage der regionalisierten Finanzordnungen soll die
8 demokratische Kontrolle durch die jeweiligen Bevölkerungen sein.

9 **Position „Globalisierung gerechter gestalten“:** Eine Reform wird verfolgt, nach der
10 Weltbank und IWF die o. g. Aufgaben übernehmen können. Zentraler Ansatz hierfür sind
11 interne demokratische Strukturen. Dazu bedarf es einer Neuordnung der Stimmrechte, die
12 zwar die ökonomische Dimension eines Landes berücksichtigt, aber auch
13 Bevölkerungszahl, menschliche Entwicklung u. ä. Neben den Regierungen sind die
14 Zivilgesellschaften zu beteiligen. Ein derart reformierter Fonds könnte auch wieder
15 Verantwortung bei der Koordination der Währungspolitik, der Kapitalverkehrsregulierung
16 und der Krisenprävention (Liquiditätsprobleme) und Krisenbekämpfung übertragen
17 bekommen.

18 Erwähnt werden soll hier auch das kaum bekannte Financial Stability Forum, dessen Basler
19 Akkord (Basel II) in diesem Jahr die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen hat.
20 Dieses Regelwerk zielt auf die internationale Handelbarkeit (durch Verbriefung) von
21 Krediten. Es wird u.a. die Banken zu kurzfristiger statt langfristiger Kreditvergabe verleiten.
22 Im Krisenfall bergen aber gerade hohe, kurzfristige Kreditschulden enorme systemische
23 Risiken. Entwicklungsländer sind im Basler Komitee nicht vertreten, wiewohl sie von den
24 Auswirkungen betroffen sein werden.

25 **3.5 Steuerpolitik**

26 Für eine gleichmäßige Beteiligung der Kapitaleinkommen an den öffentlichen Aufgaben ist
27 eine grundlegende Bekämpfung der Steuerflucht erforderlich.¹⁵ Kernpunkt ist die
28 internationale Durchsetzung des Wohnsitzprinzips bei der Besteuerung von
29 Kapitaleinkünften, zunächst innerhalb der EU in Kooperation mit den USA. Die Steueroasen
30 müssen und können mit einfachen Mitteln unter Druck gesetzt werden, sich diesen Standards
31 anzuschließen. Gleiches gilt für Regeln im Bereich Geldwäsche und Standards der
32 Finanzmarktaufsicht.

33 Ein anderer wesentlicher Punkt ist die Einführung einer weltweit einheitlichen Gewinnsteuer,
34 um die Erpressbarkeit von Regierungen zu verringern und Buchungstricks wie
35 Firmensitzverschiebungen in andere Länder oder Übertragungen von Gewinnen auf
36 Tochtergesellschaften sinnlos zu machen.

37 **4. Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne**

38 *[Vorbemerkungen: – Zur Arbeit an diesem Abschnitt gibt es eine **Mailingliste**, siehe*
39 *<http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/awwo-tnk>] – Auf der gleichen Internet-Seite soll bis*
40 ***Ende April** ein Link erscheinen zu einer stark überarbeiteten Version dieses Abschnitts, die*
41 *bis Ende April erarbeitet werden soll.]*

42 Die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen und damit die Aufhebung der
43 Ausbeutung und Unterdrückung, der Übergang von der Fremd- zur Selbstbestimmung ist eine
44 alte Forderung demokratischer Partizipationsbewegungen. Die Entflechtung und

¹⁵ Vgl. dazu die Maßnahmenliste, die von der Attac-Finanz-AG erarbeitet wurde. Vgl. auch Sven Giegold: „Steueroasen – austrocknen!“, Attac-Basis-Texte Nr. 4, 2003, VSA-Verlag.

1 Demokratisierung der Transnationalen Konzerne (TNK) ist ein tragender Baustein für die
2 Humanisierung der Wirtschaft insgesamt.

3 Die einseitig auf die Interessen der Kapitalgeber/Anteilseigner ausgerichteten
4 Entscheidungsprozesse transnationaler Konzerne (TNK) müssen gebrochen werden. Wir
5 treten ein für eine umfassende Entflechtung und Demokratisierung der TNK, durch welche
6 die Betroffenen ein effektives Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht erhalten. Es reicht
7 nicht, beim (im internationalen Vergleich als vorbildlich geltenden) deutschen
8 Mitbestimmungsrecht stehen zu bleiben, das formal eine Gleichberechtigung von
9 Kapitalgebern und Beschäftigten vorsieht, de facto aber ersteren die Mehrheit sichert.

10 Alle TNK (Produktions-, Dienstleistungs-, Handels-, Medien- und Finanzkonzerne) müssen
11 entflochten und demokratisiert werden, die einzelnen Tochterunternehmen durch
12 demokratische Organe (in den jeweiligen Staaten [*dieser Zusatz ist umstritten*]) gelenkt und
13 kontrolliert werden. Damit löst sich der transnationale Charakter und der Herrschaftsanspruch
14 der Weltkonzerne über Staaten auf. Die Forderungen gelten für alle großen Unternehmen,
15 insbesondere für alle Kapitalgesellschaften, nicht nur für TNK.

16 Die Arbeit der Gewerkschaften, z. B. der Aufbau internationaler Betriebsräte, soll unterstützt
17 werden. Eine gleichmäßige Vertretung von Frauen und Männern ist zu gewährleisten, d. h.
18 insbesondere, dass Aufsichtsräte und Vorstände geschlechterparitätisch zu besetzen sind.

19 **4.1 Position 1: Globale Verhaltenskodizes für TNK**

20 [*Diese Position ist bisher im AWWO-Kontext noch nicht besprochen worden.*]

21 Die Balance zwischen den Anwälten der öffentlichen Anliegen und denen der Privatwirtschaft
22 müssen wieder hergestellt werden. „Global Governance“ zielt darauf, international
23 verbindliche Standards in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Arbeit (ILO-
24 Konventionen) und Soziales zu schaffen. Diesen müssen sich TNK als Verhaltenskodizes
25 verpflichten und unterwerfen. Dazu muss die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt werden,
26 durch einklagbare Transparenzregeln gegenüber den TNK und durch umfassende
27 Mitbestimmung aller Stakeholder (BürgerInnen, MitarbeiterInnen, etc.) an den
28 Entscheidungsprozessen innerhalb der TNK. Dann könnte die Vorstellung einer auf drei
29 Säulen – den Nationalstaaten, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft – gebauten
30 Demokratie mit globaler Dimension Gestalt annehmen.¹⁶

31 **4.2 Position 2: Demokratisierung der Unternehmensmitbestimmung in** 32 **Großunternehmen**

33 Wir fordern für große Unternehmen (nicht nur für TNK): Im Aufsichtsrat, der auch den
34 Vorstand wählt, muss es eine Minderheitsposition der Kapitalgeber/Anteilseigner geben und
35 eine gemeinsame Mehrheit für die abhängig Beschäftigten und die Bevölkerung (als Beispiel
36 für eine solchen Regelung siehe das Konzept in <http://www.mitbestimmung.info>). Dies ist
37 eine zentrale Voraussetzung dafür, durch Besitz erworbene oder gesteuerte Macht
38 demokratisch zu beschränken. Die Gruppe Bevölkerung soll nicht durch den Staat oder durch
39 Staaten vertreten sein, auch oppositionelle Kräfte müssen Einfluss haben.

40 **4.3 Position 3: Neue DemokratiefORMen für Großunternehmen**

41 Die DemokratiefORM kann die Beschäftigtendemokratie (= Arbeiterselbstverwaltung) oder
42 eine Beteiligungsmischung aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen sein. Eine
43 basisdemokratische wie eine parlamentarische Form der Lenkung und Kontrolle können

¹⁶ Vgl. Weizsäcker, Ernst U. v. (2003): zur Herausforderung des öffentlichen Lebens durch Globalisierung, in: Schmidt, O., Die neuen Kommandohöhen, Berlin, S. 41 ff

1 gewählt werden. Kapitalgeber/Anteilseigner werden in Zukunft von den
2 Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Damit wird der Prozess der Kapitalakkumulation
3 zugunsten der Beschäftigten oder der Gesellschaft umgesteuert.

4 **5. Die Europäische Union: ein anderes Europa – sozial, 5 ökologisch und antimilitaristisch**

6 Trotz der unrühmlichen Rolle der EU bei der neoliberalen Umgestaltung Europas sehen wir
7 ein vereintes Europa als eine große Herausforderung. Angesichts einer nach 40 Jahren
8 Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik zunehmend transnational organisierten
9 Wirtschaft muss auch eine solidarische, die entfesselten Kräfte des freien Marktes
10 eindämmende Politik über die Grenzen der Nationalstaaten aktiv werden. Europa bietet einige
11 günstige Voraussetzungen für eine solche Politik: Es bildet einen wirtschaftlich relativ
12 einheitlichen und nur in geringem Maße von den Handelsbeziehungen zu anderen
13 Kontinenten abhängigen Wirtschaftsraum.

14 Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: Für eine Union, die die durch Liberalisierung und
15 Deregulierung entfesselten Kräfte des Marktes bündigt und die Vorherrschaft demokratischer
16 Willensbildungsprozesse wiederherstellt. Wir fordern einen sofortigen Stopp der
17 europaweiten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen Die progressiven Ansätze im
18 Bereich sozialer Standards und sozialen Ausgleichs müssen ausgebaut und verbessert werden.
19 Ein soziales Europa ist möglich.

20 Europa muss sich international für eine demokratische Kontrolle und eine Re-Regulierung der
21 Finanzmärkte und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung einsetzen, ohne dabei selbst
22 in Großmachtgehebe zu verfallen. Die EU muss das Projekt einer EU-Interventionstruppe zur
23 Sicherung ihrer globalen Machtansprüche aufgeben zugunsten einer zivilen und präventiven
24 Politik der Konfliktbewältigung.

25 **5.1 Für eine solidarische Währungsordnung**

26 Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der Währungsunion ein. Anstatt der
27 einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Zentralbank in erster
28 Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung und dem
29 ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein.

30 Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den
31 sanktionsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. *[Diese Position zum Stabilitätspakt ist
32 strittig; s. o.]* Stattdessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ökologisches
33 Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizierbar und verbindlich zur
34 Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung zwischen Arm und Reich, zum Nord-Süd-
35 Ausgleich und zur Verringerung der Umweltzerstörung verpflichten.

36 Die währungspolitische Bedeutung des Euro muss genutzt werden, um die einseitige
37 Ausrichtung des internationalen Finanz- und Währungssystems auf die Interessen der
38 Kapitalanleger mit dem US-Dollar als Leitwährung zu beenden und wirtschaftlich
39 schwächeren Ländern eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik zu ermöglichen. Europa
40 muss auf eine Koordinierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen hinarbeiten.

41 **5.2 Steueroasen austrocknen, Tobinsteuer einführen**

42 Die EU, die einst durch den Wegfall der Kapitalverkehrskontrollen viele Möglichkeiten der
43 Steuerhinterziehung erst geschaffen hat, muss diese jetzt wirksam unterbinden: Steueroasen
44 innerhalb der EU müssen sofort geschlossen werden. Weil fallende staatliche Einnahmen
45 auch durch den unfairen Wettbewerb der gesamten Steuersysteme verursacht werden, muss es
46 eine europaweite Mindestbesteuerung von Kapital- und Unternehmenserträgen geben. Zur

1 Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und zur Stabilisierung der internationalen
2 Finanzmärkte fordern wir zudem, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der weltweiten
3 Durchsetzung einer "Tobin-Steuer" einnimmt, indem sie eine Steuer auf alle Transaktionen
4 mit dem Euro einführt.

5 **5.3 Für eine demokratische Außenhandelspolitik**

6 Aufgrund der immer drastischeren Auswirkungen der Handelspolitik auf zahlreiche
7 Wirtschaftssektoren, muss diese von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und vom EU-
8 Parlament kontrolliert werden.

9 **5.4 Für eine neue Agrarpolitik**

10 Ziel der europäischen Agrarpolitik muss eine nachhaltige Entwicklung der Lebens- und
11 Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum sein. Fördermittel müssen zielgerichtet an die der
12 Nachhaltigkeit verpflichtete, ökologische Landwirtschaft vergeben werden. Nur so können
13 die gesellschaftlichen Anliegen wie die Gesundheit der Verbraucher, der Schutz von Böden,
14 Grundwasser und Kulturlandschaften und das Wohl von Nutztieren mit einer gesicherten
15 beruflichen Perspektive der Bäuerinnen und Bauern vereinbart werden.

16 **6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen** 17 **Weltwirtschaftsordnung**

18 Das Netzwerk Attac als Teil der globalen sozialen Bewegungen benötigt geeignete Strategien
19 und Bündnisse, um seine Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl soll mit dieser
20 Grundsatzerklärung nicht suggeriert werden, dass wir den „richtigen Weg wüssten“.

21 Ein solches Positionspapier stellt vielmehr wichtiges Orientierungswissen dar und ist kein
22 fixes, lediglich der Umsetzung harrendes Programm. Es wäre sogar kontraproduktiv, „Wege“
23 zu sehr festzulegen. Denn wenn es für soziale Bewegungen gerade in diesen scheinbar
24 „alternativlosen Zeiten“ wichtig ist, Denk- und Handlungsräume zu öffnen, findet das in sehr
25 vielfältiger Form statt. „Fragend gehen wir voran“ (preguntando caminamos) sagen die
26 mexikanischen Zapatistas, was gerade nicht Beliebigkeit, sondern Offenheit, strategische
27 Klugheit und die permanente Suche der Ausweitung von Bündnissen bedeutet.

28 Beim gegenwärtigen Zustand der parlamentarischen Systeme und großer Teile der
29 Massenmedien können kohärente Alternativen fast ausschließlich durch breite Koalitionen
30 von sozialen Bewegungen außerhalb des Parlaments zur Diskussion gestellt werden. Diese
31 Bewegungen können sich auf die Massenbewegungen gegen den Krieg stützen, indem sie die
32 kritischen Analysen der Friedensbewegung vertiefen und erweitern und praktisch an
33 Aktionsformen anknüpfen, die sich in den letzten Jahren wieder herausgebildet haben.

34 Die Notwendigkeit von Alternativen steht außer Frage. Die Friedensbewegung in allen Teilen
35 der Erde und die globalisierungskritischen Organisationen müssen sich für eine andere Welt
36 und das heißt auch für eine andere Lebensweise einsetzen und dafür kämpfen.

37 Vier Aspekte sind in diesem Zusammenhang entscheidend, die wiederum in die
38 Entwicklungen spezifischer Strategien, Organisationsprozesse und Bündnisse einfließen
39 müssen:

- 40 • Eine zentrale Bedingung von emanzipativen Bewegungen liegt darin, sich in
41 permanenten Diskussion- und Klärungsprozessen der eigenen politischen Wirkungen,
42 inhaltlichen Positionen und (eigener wie gegnerischer) Strategien zu vergewissern.
- 43 • Das Verhältnis von Kritik und Handeln ist kein dichotomisches (hier die „Kritiker“,
44 dort jene, die „etwas verändern“), sondern kritische Analyse ist integraler Bestandteil

- 1 von kritisch-emanzipativem Handeln. Insbesondere kann damit vor Illusionen bewahrt
2 werden, dass die gewünschten und dringend notwendigen weitreichenden
3 gesellschaftlichen Veränderungen auf einem „klaren Weg“ umsetzbar wären.
- 4 • Wie es Kolleginnen und Kollegen von Attac Frankreich treffend ausdrücken, geht es
5 unter anderem darum, sich nicht zu oft auf die institutionellen und diskursiven
6 Terrains der Gegner zu begeben. Denn die herrschenden Sichtweisen und
7 veröffentlichte Meinung geben sehr stark vor, welche politischen Formen und Inhalte
8 als „plausibel“ und „vernünftig“ angesehen werden. So ist die herrschende
9 Aufspaltung in die „große“ staatliche Politik und die „kleine“ im Alltag eher ein
10 Problem für emanzipative Veränderungen. Emanzipative Veränderungen bedeuten
11 auch, „Alltag“ zu verändern, andere Praktiken auszuprobieren, sich gegen die
12 alltägliche Durchsetzung des Neoliberalismus in den vielfältigen Institutionen zu
13 widersetzen.
 - 14 • Eine Gefahr der aktuellen Entwicklungen besteht darin, „Markt“ und „Staat“ als eine
15 Art Nullsummenspiel zu verstehen. Eine weit verbreitete Annahme lautet: Bedeutete
16 die neoliberal-kapitalistische Globalisierung die Stärkung der Marktkräfte, so müsse
17 nun wieder der Staat an Einfluss gewinnen, um die sozio-ökonomischen
18 Entwicklungen „politisch zu gestalten“. So wichtig eine Zurückdrängung von
19 Kapitalinteressen ist, so sehr droht ausgeblendet zu werden, dass staatliche Politik
20 selbst ganz wesentlich an den von den jüngsten Bewegungen kritisierten
21 Entwicklungen beteiligt ist und sie mitunter aktiv voran getrieben hat. Nun wäre es
22 unsinnig, die dominanten politischen und medialen Mechanismen unberücksichtigt zu
23 lassen. Doch müssen die Ambivalenzen klar sein. Es muss immer wieder eine
24 kritische Reflexion darüber geben, inwieweit man eingebunden wird, sich zu sehr auf
25 Vorgaben der „anderen Seiten“ einzulassen.